

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

39 (15.2.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Donnerstag den 15. Februar 1951

Nr. 39

Es bleibt bei der Vollstreckung

McCloy lehnt Intervention Adenauers ab
Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den amerikanischen Hohen Kommissar, McCloy, telegraphisch gebeten, die Todesurteile gegen die 7 Landsberger Häftlinge so lange nicht vollstrecken zu lassen, bis gewisse „Unklarheiten“ beseitigt seien. McCloy hat das Ersuchen des Bundeskanzlers abgelehnt.

Wie ein Vertreter der Bundesregierung in Bonn mitteilte, hat der Kanzler den Hohen Kommissar gebeten, die Urteile noch einmal zu überprüfen. Dabei habe er auf eine Unterredung zwischen Vertretern des Bundesjustizministeriums und amerikanischen Sachverständigen Bezug genommen, die am Dienstag stattfand und in der sich „Unklarheiten und Mißverständnisse“ über die Schuld der Verurteilten ergeben hätten.

„Ich habe eine Botschaft von dem Kanzler erhalten“, so erwiderte der amerikanische Hohen Kommissar in einer kurzen Erklärung, die von seinem Amt der Presse übergeben wurde. „Ich habe geantwortet, daß alle Punkte erwohnen wurden und keine Änderung meines Entschlusses gerechtfertigt ist.“

McCloy's Weigerung, die Todesurteile noch einmal zu überprüfen, läßt erkennen, daß die Hinrichtungen — wie vorgesehen — noch vor dem Wochenende stattfinden werden.

Antwort an Bischof Wurm

McCloy hat gleichzeitig auch einen letzten Appell des evang. Altbischofs von Würtemberg, Theophil Wurm, zu Gunsten der sieben Todeskandidaten abgewiesen. Der Bischof hatte den Hohen Kommissar unter anderem gefragt, ob mit der Begnadigung auch dieser Häftlinge gerechnet werden könne, nachdem die Urteile noch nicht vollstreckt worden seien, obwohl die amerikanischen Stellen sie schon am 31. Januar bestätigt hätten. McCloy stellte in seiner Antwort fest, die Urteile seien allein deshalb noch nicht vollstreckt worden, damit die Häftlinge Gelegenheit erhielten, noch einmal ihre Angehörigen zu sehen, die teilweise einen langen Reisezug zurückzulegen hätten.

Nachdrücklich wies der Hohen Kommissar einen vergleichenden Hinweis des Bischofs auf angebliche Grausamkeiten amerikanischer Soldaten gegenüber kommunistischen Partisanen in Korea zurück. McCloy versicherte, es gebe keinen Befehl in der Art des „Führer-Befehls“, wonach in Korea Menschen wegen ihres Glaubens getötet werden sollen. Es gäbe auch nicht eine Anweisung, „hundert für einen“ zu erschießen.

Bundestag protestiert nicht

Zu Beginn der Sitzung des Bundestages am Mittwoch beantragte der Abgeordnete der Deutschen Reichspartei, Adolf von Thadden, die Vertagung der Sitzung um eine halbe Stunde als Zeichen des Protestes gegen die beabsichtigte Hinrichtung der sieben zum Tode verurteilten Landsberger Häftlinge. Von Thadden meinte, die Hinrichtung auf deutschem Boden sei nicht zulässig, da die Todesstrafe durch das Grundgesetz abgeschafft wurde. Der Antrag von Thadden wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Landsberg vor US-Appellationsgericht?

Washington (UP). Rechtsanwalt Warren Magee hat dem amerikanischen Appellationsgericht den Fall der in Landsberg auf die Vollstreckung des Todesurteils wartenden sieben Deutschen unterbreitet. Magee gab bekannt, daß er „im Auftrag der deutschen Bundesregierung“ handle. Er sei von deutscher Generalkonsul in New York mit der Wahrnehmung dieser Angelegenheit beauftragt worden.

Schumacher will „realistisches Angebot“

Das SPD-Programm der deutschen Einheit
München (UP). „Als gemeinsamer Generalnenner aller heranreifenden politischen Entscheidungen in der Welt muß die kommende Viererkonferenz bezeichnet werden“, erklärte der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, über den bayerischen Rundfunk. Wenn es auf ihr gelänge, für alle demokratischen Faktoren in ganz Deutschland freie Wahlen unter gleichen Bedingungen und Voraussetzungen zu ermöglichen, so wären alle Trümpfe in der Hand der Demokratie. „Dann, aber nur dann ist die deutsche Einheit das, was sie ihrem innersten Wert und Wesen nach sein soll und muß: eine Bereicherung und Stärkung der Freiheit der ganzen Welt.“

Der SPD-Vorsitzende wies darauf hin, daß die Eroberung der „Einheit Deutschlands“ durch offensive und nicht durch defensive Haltung erfolgen müsse. „Freie und gleiche direkte und geheime Wahlen unter den gleichen Bedingungen und Voraussetzungen für alle demokratischen Faktoren sind der erste Schritt.“ Er bedauerte, daß man in der Bundesrepublik nur langsam begriffe, „daß jetzt der Osten zur Antwort auf ein realistisches Angebot gezwungen werden muß“. Nach seiner Auffassung sollten Bundesregierung und Bundestag „mit sehr viel größerem Nachdruck und nie erlahmender Zähigkeit dieses Ziel angreifen“.

Heftige Debatten um die Mitbestimmung

Keine Entscheidung im Bundestag - Sondersitzung des Kabinetts

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer legte dem Bundestag am Mittwoch den Regierungsentwurf über das Mitbestimmungsrecht in der kohle- und eisen-schaffenden Industrie vor. Er wurde nach erster Lesung zusammen mit den Vorschlägen des Bundesrates an die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit überwiesen. Ein Antrag der FDP, den Gesetzentwurf auch an den Ausschuß zum Schutz der Verfassung zu überweisen, wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Bei der Diskussion der Regierungsvorlage wies der Sprecher der SPD, Heinrich Imme, auf die verständnisvolle Haltung der Arbeitnehmer in der Zeit nach dem Zusammenbruch hin. Er sagte, die Arbeiter wünschten keine Versprechungen mehr, sondern „absolute Sicherheit“. Den Forderungen der Gewerkschaften müsse endlich entsprochen werden.

Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter an der Mitbestimmung in den betroffenen Betrieben wurde von den Sprechern der Rechten scharf abgelehnt. Diese Regelung führe zur Errichtung eines „Machtkartells der Arbeitnehmerorganisation“, sagte Max Becker (FDP). Nach Ansicht des Sprechers der Deutschen Partei ergibt sich aus der von der Gewerkschaft „unter dem Druck des Streiks erzwungenen Regelung“ nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sondern auch eine politische Machtkonzentration beim Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die Übernahme der von den Besatzungsmächten eingeführten Mitbestimmungsregelung in den Grundstoffindustrien, die ja ursprünglich „der Verwirklichung des Morgenthauplanes diene“, müsse allein aus diesem Grunde schädlich für die deutsche Wirtschaft und damit auch für die Arbeiter sein, rief Gebhard Seelos von der Bayernpartei aus.

Auch die Vorsitzende der Zentrumspartei, Helene Wessel, trat für eine ausschließliche Beteiligung von Betriebsangehörigen an der Mitbestimmung ein. Die von den Sozialpartnern unter den besonderen Umständen des drohenden Streiks beschlossene Regelung führe zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen

Minderheit. So komme die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft überhaupt nicht zum Zuge.

Für die CDU forderten Hans Semler und Günther Henle die unbedingte Wahrung des Eigentumsbegriffes bei der Durchführung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Einige Bestimmungen in dem Gesetz, die der Gewerkschaft ein Monopol geben könnten, müssten sorgfältig geprüft werden.

Der Bundeskanzler hatte einleitend erklärt, daß die vorgeschlagene Regelung auf die kohle- und eisen-schaffenden Industrien beschränkt bleiben müsse. Er bezeichnete die Vereinbarungen der Sozialpartner als einen „großen Schritt vorwärts in der sozialen Befriedung“, wandte sich aber erneut gegen die Methode des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der versucht habe, eine Regelung, die ohnehin gefunden worden wäre, auf dem Wege der Streikdrohung zu erzwingen. „Ich habe aber das Vertrauen“ — so sagte der Kanzler — „daß die Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten in erster Linie das Interesse des Unternehmens, dem zu dienen sie verpflichtet sind, zu wahren suchen werden.“

Die Sprecher aller Fraktionen des Bundestages forderten von der britischen Besatzungsmacht die Einstellung der Bombardierung Helgolands und die Rückgabe der Insel an ihre Bewohner. Ihre sinnlose Zerstörung werde als ein schwerer Schlag gegen die europäische Verständigung und Solidarität empfunden, hieß es in dem Zentrumsantrag, der diese Forderungen auslöste.

Der Bundeskanzler rief das Bundeskabinett am Mittwoch abend überraschend zu einer Sondersitzung ein. Wie es heißt, sollen vordringliche Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Besatzungskostenregelung besprochen werden sein.

Das Kabinett beschloß, die Vertreter der Margarineindustrie für Donnerstag zu einer Besprechung des Margarinepreises nach Bonn einzuladen. Diese hat bekanntlich unter Hinweis auf die Erhöhung der Weltmarktpreise für Margarineerzeugnisse eine Preissteigerung von etwa 50 Prozent verlangt.

Wird Pariser Konferenz vertagt?

Pleuens Arbeitsplan vorgelegt - Kommunisten wollen demonstrieren

Paris (UP). Die am Donnerstag in Paris zusammentretende Konferenz, deren Aufgabe es ist, die Bildung einer europäischen Armee vorzubereiten, steht nicht unter günstigen Vorzeichen. Da über das Zustandekommen einer Viererkonferenz noch keine Entscheidung gefallen ist, hält man es in Paris für wahrscheinlich, daß sich das jetzige Gremium bereits nach wenigen Tagen in Ausschüsse auflöst oder vertagt.

Dies würde allerdings nicht bedeuten, so versichern wohlinformierte französische Beamte, daß die Idee einer Europa-Armee damit vollkommen ad acta gelegt ist. Es sei vielmehr daran gedacht, den von Ministerpräsident Pleven den Delegationen als Arbeitsgrundlage zugesandten Plan in allen seinen drei Hauptphasen — militärische, politische und finanzielle Gesichtspunkte — ausführlich zu diskutieren.

Die Ernennung des früheren Oberstleutnants im Generalstab, Ulrich de Malzière, zum militärischen Berater der deutschen Pleven-Plan-Delegation wird in der französischen Hauptstadt begrüßt. Die Tatsache, daß Deutschland keinen führenden ehemaligen General für diese Aufgabe ausgesucht hat, wird als ein „taktvolles Verhalten“ Bonns gewertet.

Die Pariser Polizei hat eine für Donnerstag abend ausgerichtete kommunistische Protestdemonstration am Opernplatz gegen die Teilnahme einer deutschen Delegation an den Beratungen verboten. Trotz des Polizeiverbotes wird mit Unruhen und kommunistischen Störversuchen gerechnet, wenn die Konferenz am Donnerstag nachmittags um 16 Uhr im Uhrensaal des französischen Außenministeriums zusammentritt. Die Pariser Polizei hat alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um Ausschreitungen zu verhindern zu können.

Die Regierung hat allen Ausländern, Staatsbeamten und Angestellten der verstaatlichten Industriebetriebe energisch „Sanktionen“ angedroht, falls sie an antideutschen kommunistischen Demonstrationen teilnehmen.

Der Pleven-Plan

Der sogenannte Pleven-Plan für die Aufstellung einer europäischen Armee sieht folgende Etappen vor. Im ersten Stadium, das etwa 18 Monate dauern soll, werden die beteiligten Staaten den verwaltungsmäßigen Aufbau vornehmen. Ein Rat der Verteidigungsminister wird gebildet, der einen Hohen Kommissar für die Verteidigung Europas ernennen soll.

Dieser soll die Truppenkontingente der einzelnen Staaten für die europäische Armee festlegen, sowie die deutschen Infanterie- und Panzerkampfbattalione von 4000 bis 5000 Mann ausrüsten. Während des ersten Stadiums sollen die deutschen Kampfgruppen durch die Armeen anderer Mitgliedstaaten ausgebildet

und ausgerüstet werden. Der Hohen Kommissar wird auch für die Standardisierung der Waffen und der Ausrüstung sorgen, die Ausbildungsmethoden festlegen und die einzelnen nationalen Einheiten organisieren.

Im Lauf des zweiten Stadiums wird der Hohen Kommissar europäischer Verteidigungsminister. Die verschiedenen Einheiten verlieren ihr nationales Gepräge und werden zu einer vereinten Armee. Jede Division soll aus zwei oder — was wahrscheinlicher ist — aus drei Kampfgruppen verschiedener Nationalität bestehen.

Im französischen Vorschlag ist auch die Aufstellung einer europäischen Luftflotte vorgesehen, die aus nationalen Staffeln und internationalen Geschwadern bestehen soll. Von einer europäischen Marine ist im Pleven-Plan nicht die Rede.

Truppen nur auf deutschen Wunsch

Eine Klarstellung durch Acheson

Washington (UP). Der amerikanische Außenminister, Dean Acheson, erklärte auf einer Pressekonferenz, die USA hätten nicht die Absicht, deutsche Truppen für die Verteidigung Westeuropas aufzustellen, solange die Deutschen es nicht selbst wollen. Die amerikanische Einstellung zu diesem Problem habe sich nicht geändert, obwohl die Rede General Eisenhowers vor dem amerikanischen Kongreß in manchen Kreisen so ausgelegt worden sei, als ob diese Frage verschoben wurde. Die USA verhandelten mit der deutschen Bundesregierung weiter über die Zusammensetzung und den Umfang deutscher militärischer Verbände. Voraussetzung sei, daß die Deutschen selbst wünschten, an der Verteidigung Westeuropas teilzunehmen.

Zu seiner Unterredung mit den sechs Abgeordneten des deutschen Bundestages erklärte Acheson, daß sie eine sehr erfolgreiche gewesen sei. Man habe die ganze Lage durchgesprochen und einen Meinungsaustausch über die Wiedereingliederung Deutschlands in Westeuropa gepflogen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der einzelnen deutschen Parteien seien nur geringfügig gewesen.

Acheson erklärte ferner, daß jeder Angriff auf Jugoslawien den Weltfrieden bedrohen werde. Die amerikanische Haltung in diesem Fall sei durch das Eingreifen in Korea klar gestellt.

Erdbeben bei den Aleuten. Die Seismographen der kalifornischen Berkeley-Universität registrierten ein starkes Erdbeben, dessen Zentrum bei den Aleuten vermutet wird.

Streit um Tagesordnungen

Bedeutsame Entscheidungen zeichnen sich am politischen Horizont Europas ab. Sie überschatten alle Gespräche, die sich in dichter Folge aneinander knüpfen, um die brennendste Frage der Gegenwart zu klären: Ist eine Verständigung mit der Sowjetunion heute noch möglich? Kein Politiker oder Diplomat ist in der Lage, sie mit Ja oder Nein zu beantworten. Und gerade diese Ungewißheit ist es, welche sämtliche anderen Probleme in einer Weise kompliziert, die alle bisherigen Lösungsversuche nur akademisch erscheinen läßt.

Mitte März soll in Paris jene Konferenz zusammentreten, der die dornenvolle Aufgabe aufgebürdet wurde, die Voraussetzungen eines Treffens der Außenminister Englands, der USA, der Sowjetunion und Frankreichs zu schaffen. Die Positionen der beteiligten Mächte sind in den letzten Tagen schon ziemlich deutlich in Erscheinung getreten. Der britische Premierminister wurde im Unterhaus von allen Seiten bestürmt, eine Einigung mit der Sowjetunion zu versuchen. Attlee scheint sogar bereit zu sein, hierfür einen hohen Preis zu bezahlen, der allerdings zu einem erheblichen Teil zu Lasten der Deutschen und der Koreaner ginge.

Mit Ausnahme einiger weniger Abgeordneter, die den Mut hatten, darauf hinzuweisen, daß England nicht einmal sich selbst, geschweige denn Europa verteidigen könne, sprach sich die Mehrheit des britischen Parlaments gegen eine baldige Aufstellung deutscher Kampfverbände aus. Charakteristisch war hierbei die Stellungnahme Eric Fletchers, der etwa in der Mitte der Labour-Partei steht: „Es wäre verhängnisvoll“ — so sagte er — „wenn man einen großen Teil der öffentlichen Meinung Großbritanniens ignorieren wollte, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands und den Vorschlag, daß Großbritannien sich an einer gemeinsamen europäischen Streitmacht beteiligen soll, absolut ablehnt.“

Solche Argumente hört man sicher gerne in Paris, wo man ebenfalls zu jeder Konzession bereit zu sein scheint, wenn sie die geringste Aussicht eröffnet, um eine Aufrüstung Westdeutschlands herbeizuführen und die eigenen Rüstungskosten verringern zu können. Pleven und Schuman, bedrängt von ihren parlamentarischen Kritikern, haben sich sogar redliche Mühe gegeben, eine Konferenz mit den Russen zustandzubringen, wobei sie in erster Linie den Widerstand der Amerikaner zu überwinden hatten.

In Washington ist man nämlich immer noch recht skeptisch bezüglich der angeblichen sowjetischen Verhandlungsbereitschaft. Erst als die Russen im Weißen Haus weigert ließen, sie seien unter Umständen geneigt, im Falle eines Verzichts auf die Aufstellung westdeutscher Divisionen die Volkspolizei in der von ihnen besetzten Zone abzurüsten und eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu garantieren, wurde man jenseits des Atlantik nachgebiger. Dabei spielte wohl auch die Erwägung mit, daß die brisante Ablehnung jerglicher Gespräche mit Grotewohl seitens der Bundesregierung bei der deutschen Bevölkerung in einem Ausmaß auf Kritik stieß, die kaum überhört werden konnte.

Vor allem aber richtet sich die Unzufriedenheit der Amerikaner gegen ihre Verbündeten. Der Bewilligungsausschuß des Washingtoner Senats stellte in einer offiziellen Erklärung fest, daß in den meisten westeuropäischen Staaten nur eine theoretische Verteidigungsbereitschaft bestehe, während in der Tat die Aufrüstung zu lax betrieben und die Bildung einer schlagkräftigen Europa-Armee sabotiert werde. Die Bestrebungen des Weißen Hauses gewannen übrigens in den letzten Tagen bemerkenswerte Unterstützung von seinen maßgebenden republikanischen Politikern, die sonst in Opposition zur Regierung stehen.

Ehe über alle diese Fragen Beschluß gefaßt werden dürfte, treten noch in dieser Woche die Vertreter Frankreichs, Italiens, Belgiens, Luxemburgs und Westdeutschlands in Paris zusammen, um die etwaige Aufstellung einer Europa-Armee zu erörtern. Dabei ist es überaus bezeichnend, daß England hierzu nur einen Beobachter entsendet, weil es hierdurch deutlich genug demonstriert, wie wenig es an einer solchen Institution interessiert ist. Daß auch die USA und Kanada im Hintergrund bleiben, ist eher verständlich, denn sie vertreten die Auffassung, die Europäer sollten sich zuerst selbst um ihre Verteidigung kümmern.

Dieser Konferenz wird ein Plan des französischen Ministerpräsidenten Pleven vorgelegt, der den überraschenden Vorschlag enthält, die Europa-Armee nicht aus nationaler Kontingenten in Divisionsstärke zusammenzusetzen, sondern die Divisionen ihrerseits aus verschiedenen Einheiten zu bilden. Das hätte zur Folge, daß eine solche Kampfverbände

Soldaten von drei oder vier Nationen umfassen würde. Die Schaffung eines deutschen Generalstabs oder die Einrichtung höherer deutscher Truppenkommandos, ja sogar die Aufstellung einer deutschen Luftwaffe wäre damit illusorisch geworden. Daß eine solche Konzeption nicht befriedigen kann, bedarf wohl keiner Begründung, obgleich Bundeskanzler Adenauer sich im Prinzip mit dem Pleven-Plan einverstanden erklärte.

Es gehört daher wohl nicht viel Prophetengabe dazu, wenn man heute schon vermutet, daß die Pariser Konferenz wohl kaum greifbare Ergebnisse zeitigen dürfte, obwohl Pleven sich anscheinend mit Erfolg darum bemühte, den italienischen Ministerpräsidenten auf seine Seite zu ziehen, nachdem dieser ursprünglich auf eine rasche Rekrutierung deutscher Einheiten eingetreten war. Denn über dieser Konferenz hängt das gleiche Fragezeichen wie über den bisher vergeblichen Anstrengungen der Vereinten Nationen, den Korea-Krieg zu einem friedlichen Abschluß zu bringen.

Grundbedingung der Amerikaner für eine Viermächte-Konferenz ist allerdings, daß auf ihr nicht nur deutsche Probleme, sondern auch alle jene anderen Fragen erörtert werden, in denen die Diskrepanz zwischen dem Westen und dem Osten offen ausgebrochen ist. Dazu gehören Korea, Indochina, Jugoslawien, Österreich, die Verletzung der Friedensverträge durch die Aufrüstung der Balkanstaaten — um nur einige dieser Streitpunkte zu nennen. Moskau hat sich bis jetzt noch zu keiner verbindlichen Erklärung bereitgefunden, daß es mit einem so umfangreichen Verhandlungsprogramm einverstanden ist. Nachdem jedoch die Anregung zu dieser Konferenz fast gleichzeitig von Sowjetrußland und Frankreich in die internationale Diskussion geworfen wurde (manche Politiker vermuten eine vorherige Verabredung zwischen Paris und Moskau), ist es immerhin nicht ausgeschlossen, daß es wenigstens bei den Vorbesprechungen über die Tagesordnung zu einem Kompromiß kommt. Eine offene Frage ist allerdings, welchen von beiden Seiten die Verzögerungstaktik des Zeitgewinns und der scheinbaren Verständigungsbereitschaft am meisten zuzustatten kommt.

Attlee in höchster Gefahr

Churchill stellt Mißtrauensantrag — Streit um das Rüstungsprogramm

London (UP). Im Verlauf der Mittwochssitzung des Unterhauses kündigte Verteidigungsminister Shinwell die Entscheidung von zwei britischen Divisionen nach Deutschland an. Winston Churchill kritisierte heftig das Aufrüstungsprogramm der Regierung und stellte überraschend einen Mißtrauensantrag, über den am Donnerstag abgestimmt wird.

Nach der Ankündigung Shinwells ist Großbritannien auch bereit, die Hauptlast für die Luftverteidigung des Kontinents zu übernehmen. Die Bildung neuer Fliegerverbände sei vorgesehen. Ein neuer Düsenjäger werde noch in diesem Jahr den britischen Luftstreitkräften zur Verfügung gestellt. Außerdem werde die Möglichkeit des Kaufs amerikanischer Düsenjäger in Erwägung gezogen. Großbritannien streift Kräfte seien noch nicht stark genug, um in einen Krieg ziehen zu können. Die Zahl der Freiwilligenmeldungen für den aktiven Dienst habe sich jedoch seit der Erhöhung der Besoldung verdoppelt. Das neue Aufrüstungsprogramm sei bereits angelaufen, da Aufträge im Werte von 450 Millionen Pfund Sterling bereits vergeben wurden.

In seiner Erwiderung bezeichnete Churchill sowohl das 4,7-Milliarden-Wiederaufrüstungsprogramm als auch das kurzfristige Ausbildungsprogramm für Reservisten als völlig unzureichend. Sein Mißtrauensantrag stellt vielleicht die schwerste Bedrohung dar, der sich die Labour-Regierung bis jetzt gegenübersehen, weil eine Reihe von Labour-Abgeordneten gegen das Wiederaufrüstungsprogramm ist und damit gerechnet werden muß, daß sich diese am Donnerstag entweder der Stimme enthalten oder sogar gegen die Regierung stimmen werden.

„Städtezüge“ der Bundesbahn

Als zuschlagfreie Schnellverbindungen Tübingen (UP). Nach Mitteilung der Eisenbahnabteilung im Tübinger Innenministerium führt die Bundesbahn mit ihrem neuen Fahrplan zum 20. Mai 1951 sogenannte „Städtezüge“ ein. Diese „S-Züge“ werden künftig als neue Zug-Gattungen neben den „E-, D- und FD-Zügen“ als zuschlagfreie Schnellverbindungen nach dem Muster der bisherigen Eilzüge zwischen mehreren, näher beieinanderliegenden Städten Deutschlands verkehren.

Zwei Millionen DM Schaden

Auerbach stellt Strafantrag München (UP). Der Präsident des bayerischen Landesentschädigungsamtes, Dr. Philipp Auerbach, hat, wie sein Rechtsanwalt Ludwig Hoffmann mitteilt, gegen den bayerischen CDU-Abgeordneten Heinrich Junker Strafantrag gestellt, weil er als Landrat in Dachau öffentlich erklärt haben soll, die Veruntreuung im Landesentschädigungsamt seien auf Dr. Auerbach zurückzuführen. Ein zweiter Strafantrag wegen Verleumdung, über Nachrede und Beleidigung richtet sich gegen den Schriftleiter des VVN-Organs „Tat“, Fritz Hollstein, der behauptet hatte, der Präsident des Landesentschädigungsamtes habe sich im Konzentrationslager Auschwitz Vergünstigungen verschafft und Häftlinge geprügelt.

Nach den bisherigen Feststellungen der Staatsanwaltschaft München beträgt der durch die Fälschungen von DP-Aufenthaltsbescheinigungen entstandene Schaden etwa zwei Millionen DM. Von bisher 3361 untersuchten Wiedergutmachungsakten sind 473 als gefälscht erkannt worden. In 551 Fällen bestehen Zweifel.

Zwei sowjetische Armeegruppen gebildet

Völlige Umgruppierung der Ostblock-Streitkräfte - 100 gut ausgerüstete Divisionen

London (UP). Der russische Generalstab nimmt zur Zeit eine völlige Umgruppierung der sowjetischen Streitkräfte in Europa vor. Aus in London eingetroffenen Informationsberichten geht hervor, daß man in Moskau den ursprünglichen Plan aufgegeben hat, die Armeen der osteuropäischen Staaten zu einer einheitlichen Streitmacht unter sowjetischem Kommando zusammenzuschließen. Vielmehr ist jetzt aus militärischen und politischen Erwägungen beabsichtigt, zwei getrennte Armeegruppen zu schaffen.

Eine Gruppe soll aus den Armeen Bulgariens, Rumäniens und Ungarns bestehen, die südliche Flanke des kommunistischen Blocks einschließlich der Schwarzmeerküste decken und Jugoslawien in Schach halten. Den Kern der zweiten Gruppe soll die polnische Armee bilden, die seit dem Ausscheiden Jugoslawiens aus dem Kommando die stärkste Kontingente der sowjetischen Hilfstruppen stellt und vom Sowjetmarschall Konstantin Rokossovski geführt wird. Ihre Aufgabe ist es, die Front gegen Deutschland zu sichern; sie wird von der Sowjetunion wegen der polnischen Furcht vor deutschen Ansprüchen auf die Ostgebiete als besonders zuverlässig angesehen.

Die tschechoslowakische Armee, die gegenwärtig einer Säuberung unterzogen wird, soll je nach den Umständen der einen oder anderen der beiden Gruppen beigegeben werden.

Die Staaten der sowjetischen Einflusssphäre in Europa verfügen gegenwärtig über mindestens 100 Divisionen, die in kurzer Zeit auf 150 oder sogar 175 Divisionen gebracht werden können. Westliche Sachverständige nehmen an, daß die Umgruppierung der osteuropäischen Armeen mit den Truppenbewegungen besonders an der jugoslawischen Grenze im Zusammenhang steht, die jedoch nicht unbe-

dingt als Vorzeichen für eine baldige militärische Aktion angesehen zu werden brauchen.

Beide osteuropäischen Armeegruppen sind gut ausgerüstet und verfügen über je etwa tausend mittlere und schwere Panzer, die in der Sowjetunion, teils auch in der Tschechoslowakei und in Polen nach sowjetischen Modellen hergestellt wurden. Alle osteuropäischen Länder haben ferner sowjetische Jagdflugzeuge erhalten. Ihre Luftstreitmacht gilt als ausreichend für taktische Zwecke, jedoch als ungenügend für größere Operationen.

Im einzelnen sind die beiden Armeegruppen wie folgt gegliedert: Die Balkangruppe (Rumänien, Bulgarien und Ungarn) besteht aus etwa 60 Divisionen, von denen Rumänien etwa die Hälfte stellt. Polen verfügt über mindestens 35, die Tschechoslowakei über etwa 15 Divisionen. Was Ausrüstung, Ausbildung und Organisation angeht, sind die Armeen aller Staaten weitgehend „genormt“.

Ben Gurion gestürzt

Neuwahl des israelischen Parlaments?

Jerusalem (UP). Die von Ministerpräsident David Ben Gurion geführte Koalitionsregierung von Israel ist am Mittwoch gestürzt worden. Das Kabinett scheiterte an einer Vertrauensabstimmung im Parlament, aus der die Opposition mit einer Mehrheit von fünf Stimmen als Sieger hervorging. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß der Sturz der Regierung die Abhaltung neuer Parlamentswahlen beschleunigt. Die beiden Arbeiterparteien haben in letzter Zeit stets versucht, Neuwahlen hinauszuschieben, da die allgemeine Zionistenpartei bei den kürzlichen Gemeindewahlen überraschende Erfolge errang.

Südkoreaner bei Wonsan gelandet

Nördlich des 36. Breitengrades - Schwere Kämpfe in Mittelkorea

Tokio (UP). Etwa 150 km nördlich des 36. Breitengrades sind südkoreanische Truppen überraschend bei der Hafenstadt Wonsan an Land gegangen. Sowohl an der Seoul- wie an der Mittelfront führen die Kommunisten weiterhin starke Angriffe gegen die Linien der alliierten Verbände.

Die unter dem Schutze amerikanischer Schiffsartillerie bei Wonsan gelandeten Südkoreaner haben sich bereits bis in die Außenbezirke der Stadt vorgearbeitet, wobei sie nur mäßigen Widerstand fanden. Es ist jedoch noch nicht bekannt, ob die Absicht besteht, bei Wonsan einen neuen Brückenkopf zu bilden oder ob es sich bei der Landung nur um ein Aufklärungsunternehmen handelt. In Wonsan soll sich das Hauptquartier der dritten chinesischen Feldarmee befinden.

Während am mittleren Frontabschnitt eine gemischte französisch-amerikanische Kampfgruppe allen kommunistischen Angriffen auf Taehopyong Widerstand leistete, ist der Feind rund 25 Kilometer in süd-südöstlicher Richtung weiter vorgestoßen und bedroht nunmehr die Hauptnachschubstraße von Joju nach Wonsan. Der letztgenannte Stadt hat sich eine 5000 bis 8000 Mann starke kommunistische Angriffsspitze bis auf wenige hundert Meter genähert. Es besteht die Gefahr, daß die Kommunisten die alliierten Schlüsselstellungen bei Wonsan isolieren und von ihrem Nachschub abschneiden.

Im Laufe des Mittwoch führten kommunistische Einheiten im Gebiet der südkoreanischen Hauptstadt Seoul drei selbstmörderische Vorstöße über den Han-Fluß durch. Sie wurden von allierter Artillerie, sowie von Granatwerfern und schweren Maschinengewehren zerschlagen. Die meisten Angreifer blieben im Vorfeld der Verteidigungsstellungen liegen.

Sowjetvorwürfe im Kontrollrat

Die Sowjetunion warf General MacArthur und den Vereinigten Staaten am Mittwoch im alliierten Kontrollrat für Japan vor, daß sie mit der Bewaffnung Japans das Potsdamer Abkommen und die Politik der Fernost-Kommission verletzen. Beweis dafür sei die Aufstellung der 75 000 Mann starken Polizei, die tatsächlich nichts weiter als eine „aktive Armee“ sei.

Der amerikanische Delegierte erwiderte, daß die Vereinigten Staaten keineswegs die Vorbereitungen für eine neue japanische Aggression zu schaffen wünschten. Bekanntlich seien die Vereinigten Staaten zur Bekämpfung einer solchen Aggression in den Krieg gezogen.

Chinesendelegation in Moskau

Tsingtau wird Luft- und Seestützpunkt Hongkong (UP). Radio Peking, gab bekannt, daß die Regierung des kommunistischen China eine Delegation nach Moskau entsandt habe, um über die Wiederbewaffnung Japans und Deutschlands zu diskutieren. Die Delegation wird von dem Dichter und Propagandisten Kuomojo geführt.

Der frühere Hauptstützpunkt der amerikanischen Flotte in China, Tsingtau, wird jetzt zum größten Flotten- und Luftstützpunkt der chinesischen Kommunisten in Nord-China ausgebaut. Sowjetische Beamte stellten die Pläne für sieben Flugplätze, sowie für Hafenanlagen, für Kriegsschiffe und Unterseeboote fertig.

Aus Kanton einlaufende Berichte melden, daß die militärischen Vorbereitungen in Süd-China in höchstem Tempo fortschreiten. Die gesamte Südküste zwischen Hongkong und Swatow ist inzwischen durch eine neue Straße für jeden Wagenverkehr zugänglich gemacht worden.

Pieck will sich einschalten

Berlin (UP). Weitere Schritte der ostdeutschen Regierung, um ein gesamtdeutsches Gespräch in Gang zu bringen, sind, wie verlautet, in nächster Zukunft zu erwarten. Nach

dem Grotewohl-Brief an Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und dem Appell der Volkskammer an den Bundestag wird ein dritter Vorstoß durch den Staatspräsidenten Wilhelm Pieck unternommen, der sich an Bundespräsident Heuss wenden will. Dieser Versuch soll jedoch nicht vor der vorbereitenden Außenministerkonferenz, die für Mitte März erwartet wird, eingeleitet werden. Inzwischen wurden sämtliche politische Organisationen der Ostzone beauftragt, sich mit dem Thema „gesamtdeutsches Gespräch“ zu beschäftigen. Konkrete Vorschläge sollen ausgearbeitet werden, die dann in Form von Resolutionen an die Regierung der Sowjetzone geleitet werden.

Gemeinsam gegen den Kommunismus

De Gasperi und Plevens Abmachungen

Santa Margherita (UP). Die Ministerpräsidenten Italiens und Frankreichs gaben ein Kommuniqué heraus, in dem es heißt, sie seien übereingekommen, die Zusammenarbeit ihrer beiden Länder auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet noch enger zu gestalten und dabei auch mit den anderen Ländern des Atlantikpakts zusammenzuwirken, da dies „der einzige Weg zur Wahrung des Friedens“ sei.

Die Konferenzteilnehmer beschlossen, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Kommunismus in Italien und Frankreich zu koordinieren, ihre Aufrüstungsprogramme aufeinander abzustimmen, sich gemeinsam um die Beschaffung von Rohstoffen zu bemühen und periodisch Konferenzen zur Beratung außenpolitischer Angelegenheiten abzuhalten. Italien und Frankreich wollen sich ferner gemeinsam dafür verwenden, daß Deutschland zum vollberechtigten Mitglied des Europarats gemacht wird.

McCloy erwartet Rationierungen

Vierteljahresbericht des Hohen Kommissars Frankfurt (UP). Eine grundsätzliche Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem Verteidigungsbeitrag will der amerikanische Hohen Kommissar McCloy in seinem Bericht über das letzte Vierteljahr 1950 an das amerikanische Außenministerium feststellen können. McCloy weist darauf hin, daß dieser Verteidigungsbeitrag für die Bevölkerung der Bundesrepublik Opfer mit sich bringen und auf lange Sicht die Wiedereinführung von Preiskontrollen, Rohstofflenkungen und gewisse Warenrationierungen notwendig mache, damit die Produktion für Verteidigungszwecke in ausreichenden Mengen aufgenommen werden könne.

Eine militärische Beteiligung der Bundesrepublik werde unausweichlich erhebliche Ausgaben für die Ausrüstung und Aufstellung deutscher Einheiten mit sich bringen. Das Ausland werde Deutschland dabei zwar unterstützen, doch müsse der größte Teil der Kosten von der Bundesrepublik selbst getragen werden. Das Schwerkriegsgewicht des deutschen Beitrages werde wahrscheinlich auf der Lieferung von industriellen Ausrüstungen und Produktionsmitteln, vor allem Werkzeugmaschinen und Präzisionsutensilien, liegen.

Frankfurt protestiert in Bonn

Keine Verlegung der Außenhandelsstellen? Wiesbaden (UP). Der hessische Landtag beauftragte die Landesregierung auf Grund eines SPD-Dringlichkeitsantrages, unverzüglich alle erforderlichen Schritte bei der Bundesregierung, dem Bundestag sowie im Bundesrat zu unternehmen, um eine Verlegung der Außenhandelsstellen von Frankfurt nach Köln zu verhindern. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Frankfurter Oberbürgermeister Dr. h. c. Walter Kolb hatte zuvor in der Begründung des SPD-Antrages darauf hingewiesen, daß eine Verlegung dieser Fachstellen das Land Hessen und den gesamten süddeutschen Raum „schwer benachteiligen“ würde.

Sowjetisch-amerikanische Verhandlungen unterbrochen

Washington (UP). Die sowjetisch-amerikanischen Leih- und Pacht-Verhandlungen wurden am Mittwoch unterbrochen, nachdem der sowjetische Botschafter Panyuschkin mitgeteilt hatte, daß er mangels Instruktionen nicht in der Lage sei, über einige der unstrittigen Punkte zu diskutieren.

USA erweitern Militärdienstpflicht

Washington (UP). Der Senatsausschuß für die amerikanischen Streitkräfte hat eine Gesetzesvorlage über die Militärdienstpflicht der 18-Jährigen einstimmig gutgeheißen. Die örtlichen Einberufungsbehörden sollen aber zuerst alle älteren Militärdienstpflichtigen heranziehen, ehe sie berechnigt sind, 18-Jährige einzuberufen.

Bulgarien weist 850 000 Türken aus

Genf (UP). Die Türkei hat die Rote-Kreuz-Liga informiert, daß Bulgarien jetzt über 850 000 Türken ausweisen will, die in der Türkei untergebracht werden müssen. Mit dieser Mitteilung ist ein Gesuch verbunden, in dem um Hilfe für die Ausgewiesenen gebeten wird. Dabei wird auf die Größe des Problems hingewiesen, das von der Türkei allein nicht gemeistert werden könne. Die Ausgewiesenen befinden sich in einer kläglichen Lage.

Wirtschafts-Nachrichten

Deutschlands Erdöl-vorrat: 36,5 Mill. Tonnen

Die deutschen Erdölvorkommen, die in Zukunft noch ausgebeutet werden können, belaufen sich nach Mitteilung der niedersächsischen Industrie- und Handelskammer auf etwa 36,5 Millionen Tonnen. Hiervon gelten 21,7 Millionen Tonnen als „sichere Vorräte“, während die restlichen 14,8 Millionen Tonnen als „wahrscheinliche“ bezeichnet werden. Die in Deutschland jährlich zu gewinnenden Naturgasvorräte werden auf 5,5 Millionen Kubikmeter geschätzt. Insgesamt wurden bis zum Jahre 1949 auf allen deutschen Erdölfeldern etwa 14 Millionen Tonnen Erdöl zu Tage gebracht. Zur Zeit beläuft sich die Förderung auf jährlich rund 1,2 Millionen Tonnen.

Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte

Die größte Schwierigkeit beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte liegt in der Finanzierung, erklärte der Vorsitzende des „Verbandes Deutscher Reederei“, Professor Dr. Stöcker, die 1939 rund 4,3 Millionen BRT umfassende und 1945 nach Ablieferung und Zerstörung der verbliebenen Schiffe auf 120 000 BRT zusammenschrumpte deutsche Handelsflotte sei bis Mitte 1949 auf 134 000 BRT und bis Ende 1950 wieder auf 200 000 BRT erweitert worden. Das Durchschnittsalter der deutschen Schiffe betrage jetzt 27 Jahre, die Qualität der deutschen Schiffe sei im Vergleich zu den ausländischen sehr schlecht. Der Finanzbedarf für die augenblicklich laufenden Neubauprogramme belaufe sich auf 0,5 Milliarden DM. Es werden heute in der deutschen Handelsflotte wieder 8000 und in der Fischerlei 12 000 Mann beschäftigt gegenüber einem Personalbestand von 78 000 in der deutschen Seeschifffahrt im Jahre 1939.

Genossenschaften und Warenhandel

H.R. Die Frage, wo die landwirtschaftlichen Genossenschaften ihren sachlichen Geschäftsbereich begrenzen sollen, ist so alt wie das Genossenschaftswesen selbst. Ursprünglich von Raffessern zur Abwendung wucherischer Übervorteilung der Bauern im Darlehensgeschäft begründet, haben sich die Genossenschaften in Deutschland folgerichtig auf das Gebiet der gemeinsamen Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen für den bäuerlichen Betrieb, von Düngemitteln, Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmitteln und technischen Betriebsmitteln, wie Maschinen und Gerät usw., begeben. Ein weiterer Schritt war die gemeinsame Haltung von Zuchtmaterial in der Viehwirtschaft, ferner der Betrieb von teuren Großmaschinen (Dreschmaschinen, Traktoren) usw. Schließlich bekamen sie in den letzten 50 Jahren eine immer bedeutungsvollere Aufgabe im Absatz, der Standardisierung und Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, zu der dann noch die Be- und Verarbeitung hinzukam. Alle diese Betriebszweige sind heute praktisch unbestrittenes Arbeitsgebiet der deutschen Genossenschaften. Im Ausland, insbesondere in Südosteuropa, ging die Entwicklung teilweise andere Wege. Dort — so zum Beispiel in Ungarn vor 1944 — nahmen die landwirtschaftlichen Genossenschaften gleichzeitig sozusagen die Funktion von Konsumvereinen für das Dorf wahr. Sie versorgten es also auch mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs einschließlich des Haushalts, so z. B. mit Schuhen, Kleidung, Kolonialwaren usw. In Deutschland wurde diese konsumgenossenschaftliche Funktion nach 1945 in einigen Gebieten, so vor allem im Bereich der württembergischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Stuttgart, ebenfalls übernommen. Weniger wohl aus Grundsatz, als aus der praktischen Notwendigkeit der Jahre um die Währungsreform herum, als diese für den Bauern wichtigen Bedarfsartikel, wie Arbeitskleidung usw., schwer und teuer zu beschaffen waren. Wenn jetzt, wie eine Pressekonferenz dieser Tage ergab, ein Grundsatzstreit zwischen Handel und Genossenschaften darüber ausgetragen wird, ob die Genossenschaften hier „mittelstandschädigend“ wirken, so sollte man diese Frage unter dem vorstehenden Gesichtspunkt ansehen. Die Genossenschaften haben sich keine Veranlassung und Neigung, diesen bestrittenen Geschäftszweig auszudehnen, wenn — wie heute wohl allgemein der Fall — die Versorgung des Dorfes mit Textilien, Schuhen usw. in Ordnung ist. Sie werden auch den Gesichtspunkt wohl zu beachten wissen, daß der mittelständische Handel mit diesen Industrieerzeugnissen in den kleinen Landstädten sozial ebenfalls zum Landvolk gehört und daß die Landwirtschaft jedes Interesse daran hat, daß auch diese Zweige des Landvolks wirtschaftlich gesund bleiben. Denn dieser ländliche Mittelstand ist der beste Bundesgenosse des Bauern im Kampf um seine eigene Erhaltung.

Aus der Stadt Ettlingen

Petrus hat Urlaub

Wir wissen es zwar nicht genau, aber es hat den Anschein, als ob St. Petrus, der bekanntlich für das Wetter auf der Erde verantwortlich ist, in Urlaub gegangen wäre. Denn seit einigen Wochen ist unser Erdball, auch was die Wetterlage anbetrifft, in ein heilloses Durcheinander geraten.

So wurde in New York ein Wärmerekord von 16 Grad Celsius gemeldet. Seit man das Thermometer kennt, zeigte es Mitte Februar in New York noch nie eine so hohe Temperatur. Dagegen herrscht im amerikanischen Mittelwesten eisige Kälte, die sich nach den Prognosen der Wetterbüros noch weiter ausdehnen wird.

Auch die ansonsten so heißblütigen und feurigen Spanier frieren bitterlich. Die beiden Städte Pontones und Santiago de la Espada (Provinz Jaen) sind bereits seit 40 Tagen von der Außenwelt abgeschnitten. Etwa 150 Arbeiter waren damit beschäftigt, die beiden Städte endlich der Außenwelt wieder zugänglich zu machen.

Und während die Passanten in Bremen ihre Mantelkragen hochschlagen müssen, können die Damen bei uns, in Deutschlands Südwestecke, bereits ihre Feinmäntel mit den leichteren Sommermänteln vertauschen — sofern sich dies mit ihrer Eitelkeit verträgt. Manche Zeitgenossen haben gar schon ihre Sonnenbrille griffbereit gelegt, um sich gegen die überraschend warmen Strahlen der Februarsonne zu schützen.

Oder sollte dies ein Irrtum sein? Wird Petrus, wenn er von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, die Wetter wieder ihre alten Bahnen ziehen lassen und die Kälte in Spanien und Bremen mit der Wärme im Südwesten Deutschlands austauschen? Wir wissen es nicht, wir müssen abwarten...

VDK vor neuen Aufgaben

Mitarbeit in der Fürsorge

Dem Bericht über die Generalversammlung in der EZ vom 13. Febr. ist verschiedenes nachzutragen. Das Protokoll der letztjährigen GV, durch den Schriftführer Rudi Kern verlesen, fand allgemeine Zustimmung. Ergänzend sei gesagt, daß es mit zum VdK-Aufgabengebiet gehört, daß die Ortsgruppe auch im kleinen Fürsorgeauschuß (und nicht nur im großen) vertreten wäre. Dafür spricht gerade der vom VdK betreute Personenkreis. Eine Eingabe in diesem Sinn an die Stadtverwaltung wurde bereits gemacht.

H. Strunck übernahm den Vorsitz

Wenn die Kameraden Männel, Jahraus und Sahn die Entlastung der Vorstandschaft und die Neuwahlen durchgeführt haben, so sei ihnen auch an dieser Stelle dafür gedankt. Das Vertrauen in die neue Vorstandschaft, besonders in den jetzigen 1. Vorsitzenden Kam. Hermann Strunck, der durch Krankheit nicht anwesend sein konnte, soll ein Ansporn mehr dafür sein, auf dem bisher Geleisteten weiter aufzubauen. Ihm wird mit Recht besonders Vertrauen entgegengebracht, da er eine soziale und religiöse Haltung bewiesen und sich unentwegt für die allgemeinen Belange in unserer Stadt eingesetzt hat. In erster Arbeit und in fröhlicher Geselligkeit ist er stets hilfsbereit zur Stelle.

Generalversammlung der Kranken- und Sterbekasse

Spinnerel. Die freiwillige Kranken- und Sterbekasse der Spinnerel und Weberel Ettlingen hält am Sonntag, 18. Febr., 10.30 Uhr im Gasthaus zur „Sonne“ in Busenbach ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Um vollständiges Erscheinen der Kassenmitglieder wird gebeten.

Spinnerel. Am 11. Februar feierte Josef Knoblich, Heimatvertriebenen, seinen 72. und am 14. Februar Frau Marie Müller, geb. Hammer, ihren 74. Geburtstag, wozu wir nachträglich noch gratulieren.

Ihren 75. Geburtstag feierte gestern Frau Frieda Findling in körperlicher und geistiger Frische im Kreise ihrer Kinder und Enkelkinder.

Was wollte der Wähler?

Gemeinderatsdebatte über Wahleinspruch — Auch der Einsprecher hatte die Richtigkeit bescheinigt. — Nächste Woche nochmals Gemeinderatssitzung

Während in den meisten Orten der neue Gemeinderat seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat, mußte in Ettlingen am Mittwoch nochmals der alte Gemeinderat tagen und auch nächste Woche wird er — wohl letztmals — zu einer Sitzung zusammentreten. Der Grund dafür ist ein Einspruch, den Gemeinderat W. Ochs einige Tage nach der Wahl gegen das Zahlverfahren erhoben hatte.

Auf Grund des Einspruchs wurden, wie Bürgermeister Rimmelspacher mitteilte, 9 verschiedene Musterwahlzettel dem Landratsamt, der Inneren Verwaltung Nordbadens und am Mittwochvormittag sogar dem Innenministerium in Stuttgart vorgelegt. Die Begutachtungen weichen ziemlich stark voneinander ab. Das Innenministerium hat im Wesentlichen dem Einsprechenden Rechnung getragen. Strittig waren vor allem die Wahlzettel, die nur 1 Kreuz oder 2, 3, 4 und mehr Kreuze enthielten. Was wollte der Wähler damit zum Ausdruck bringen?

Das Innenministerium meint, daß ein solcher Wähler 12 Stimmen abgeben wollte. Ebenso strittig waren die Stimmzettel, bei denen noch alle 6 Abschnitte zusammen waren. Der Gemeindevorstand hat beschlossen, dem Einspruch gemäß die Ettlinger Wahlzettel nochmals zu überprüfen und der Gemeinderat sollte nunmehr zu diesem Vorschlag Stellung nehmen.

Gemeinderat Blau (CDU) wies darauf hin, daß jeweils der Wahlvorstand verantwortlich ist und die Protokolle von sämtlichen Vorständen unterschrieben sind. Auf die Frage von Gemeinderat Blau, wer die Vorsitzenden in den von Gemeinderat Ochs beanstandeten Wahlbezirken gewesen sind, wurden folgende Namen festgestellt: 2 Ochs, 7 Walschburger, 8 Jos. Vogel. Gemeinderat Blau erklärte es als unverständlich, daß Gemeinderat Ochs durch seine Unterschrift die Richtigkeit bestätigte und trotzdem einige Tage später Einspruch erhob.

Gemeinderat Ochs (SPD) erklärte zur Begründung seines Einspruchs u. a. folgendes: Der Bescheid des Landratsamts am Abend des Wahltags sei ihm bedenklich erschienen. Nach Anwesenheit während des ganzen Tags bis in die Nacht um 3 Uhr habe er schließlich unterschrieben, um fertigzuwerden. Er habe aber grobe Verstöße festgestellt. Im Rathaussaal seien während der Zählung sehr viele Menschen gewesen und unter einigen Tischen sei Papier auf dem Boden gelegen. Das Zahlverfahren sei in den Wahlbezirken verschieden gehandhabt worden und die Aufklärung über das komplizierte System sei nicht ausreichend gewesen. Eine Nachprüfung könne jetzt nicht mehr dem Willen des Wählers feststellen, weil beim Auszählen manche Zettel von unten her gestrichen wurden.

Gemeinderat Geisert (CDU) wies darauf hin, daß den Ettlinger Wählern gesagt worden sei, nur 1 Zettel abzugeben. Daher sei hier ein Gesamtzettel nicht gültig. Die Wahlanfechtung sei nicht berechtigt.

Gemeinderat Brusel (KPD) beanstandete, daß im Saal ein Durcheinander gewesen und aus mehreren Gründen die Wahl ungültig sei. Als er zur Wahlpropaganda Stellung nahm (für die Wahl seien Tausende von DM von den Nutznießern ausgegeben worden, die kein soziales Gefühl hätten), meldete sich Gemeinderat Blau zur Geschäfts-

ordnung, um zu erklären daß dies nicht zur Beratung stehe.

Gemeinderat Walschburger (DVP) stellte fest, daß im Bezirk 7 keine Papierfüt unter dem Tisch gewesen sei und daß alles stimmte.

Gemeinderat Göser erklärte, daß der Bürgermeister als örtlicher Wahlleiter alle Beteiligten auf die Bestimmungen hingewiesen habe. Warum sei trotzdem die Zählung verschieden gehandhabt worden? Erst als das Wahlergebnis veröffentlicht wurde, habe man anscheinend festgestellt, daß man vergessen habe zu monieren. Es sei der Eindruck entstanden, daß der Einsprecher im Auftrag der Verwaltung so handelte. Der Einspruch sei leichtfertig, denn warum habe Gemeinderat Ochs die Richtigkeit unterschrieben und nach 4 Tagen Einspruch erhoben? Es sei nicht fair, eine Unterschrift zu leisten, nur um zum Schluß zu kommen. Dafür sei ein Disziplinarverfahren nötig und der Einsprecher müßte sämtliche Kosten tragen. Im Namen der CDU beantragte Gemeinderat Göser die Ablehnung des Einspruchs. Nach nochmaliger Prüfung solle die Wahl für gültig erklärt werden und der neue Gemeinderat in Tätigkeit treten.

Gemeinderat Decker (DVP) hatte in seinem Bezirk, dem größten, ebenfalls keine Papierfüt gesehen. In 5 oder 6 Fällen sei ein Zettel vom Gesamtzettel gelöst worden, weil der Wille des Wählers klar erkennbar war. Wegen der Kosten und der Verantwortung sei eine Wiederholung der Wahl abzulehnen, sie bringe keine Veränderung im Kräfteverhältnis und wäre eine Störung des Gemeindefriedens. Aber aus diesen Vorgängen könne man für die nächste Wahl lernen und die schwachen Punkte in den Ausführungsverordnungen beseitigen. Wahlkandidaten sollten in Zukunft bei der Auszählung nicht mehr beteiligt sein.

Auch Gemeinderat Nowack (DVP) sprach gegen eine Neuwahl und für eine Überprüfung aus. Bürgermeister Rimmelspacher bemerkte zur Erklärung von Gemeinderat Göser, daß jeder Wahlberechtigte ein Einspruchsrecht habe. Er beantragte, daß die Überprüfung durch städt. Beamte in Anwesenheit der Parteivertreter erfolge und dann in einer zweiten Gemeinderatssitzung dazu Stellung genommen wird.

Gemeinderat Ochs wiederholte nach einer Polemik gegen Gemeinderat Göser seinen Einspruch. Gemeinderat Göser stellte nochmals fest, daß Gemeinderat Ochs fahrlässig gehandelt habe, als er seine Unterschrift leistete, obwohl er schon entschlossen war, Einspruch zu erheben. Gemeinderat Walschburger wies darauf hin, daß er erst am Mittwoch unterschrieben habe.

Gemäß dem Vorschlag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat bei 2 Stimmenthalten beschlossen, möglichst am Samstag nachmittag mit der Überprüfung aller Bezirke zu beginnen und in der nächsten Woche das Ergebnis der Gemeindevorstandsausschusses dem Gemeinderat vorzulegen.

Entgegen anderslautenden Bemerkungen sei darauf hingewiesen, daß die EZ rechtzeitig vor der Wahl das zum zweiten Mal angewandte Verfahren am 10. Jan. ausführlich erläutert hat und daß in der städt. Bekanntmachung am 24. Jan. nochmals alle Bestimmungen mitgeteilt wurden.

Für Aufklärung der Einwohnerschaft war also gesorgt und durch das Austragen der Wahlzettel ins Haus war jedem Wähler Gelegenheit gegeben, den Wahlzettel so auszufüllen, daß sein Wille klar zum Ausdruck kam.

Auf den Lebenspfaden Christis

Prof. Paulsens Palästina-Vorträge in den Volkshochschulen des Albgaus

Eine ebenso zahlreiche wie aufgeschlossene Hörerschaft folgte vor einigen Tagen in Ettlingen und am Samstag in Etzenrot Universitätsprofessor Dr. Peter Paulsen in das heilige Land. Mit einfachen, klaren Worten und interessantem, zum großen Teil farbigen Lichtbildern, die der Vortragende während seines Aufenthaltes in Palästina aufgenommen hatte, vermittelte er allen Anwesenden Eindrücke, die man als unvergänglich bezeichnen darf.

Nicht nur die weltpolitisch Interessierten erhielten Aufschluß über die verwickelten Völkerprobleme, die immer wieder dafür sorgen, daß der Name Palästina nicht aus den Schlagzeilen der Zeitungen verschwindet, sondern auch die Wissensdurstigen, die ihre Kenntnisse über fremde Länder und ihre Menschen erweitern wollten, kamen voll und ganz auf ihre Kosten. Westliche Zivilisation neben uralten Gebräuchen in Gewerbe und Wirtschaftsleben, abendländische Tünde auf morgenländischer Kulisse bildeten in den Bildern und Wort Prof. Paulsens ein buntes und oft recht nachdenklich stimmendes Mosaikgemälde der heutigen Verhältnisse.

Jeder aber war tief ergriffen von der Wallfahrt auf den Lebenspfaden Christi: vom Stall zu Bethlehem über Nazareth, das Jordantal, den See Tiberias, den Berg der Seligsprechung bis zur hochtragenden Stadt Jerusalem und zum Kalvarienberg. Mit großer Eindringlichkeit brachte der Redner den Hörern die Stationen des göttlichen Leidensweges zum Bewußtsein, und die Parallelen, die er aus den Darstellungen deutscher Künstler des Mittelalters aufzeigte, waren aufs beste ge-

eignet, die geschichtliche und religiöse Bedeutung der gezeigten Orte zu erläutern.

Ein umfangreiches Kapitel der Menschengeschichte von den Zeiten der freien Juden des Altertums bis zur heutigen Auseinandersetzung zwischen Israel und Arabien verknüpfte sich so mit mannigfachen kulturhistorischen und geographischen Hinweisen, und niemand konnte die Bedeutung des Landes als Ausgangspunkt eines wesentlichen Zweiges unserer abendländischen Kultur übersehen.

Der begeisterte Beifall des dankbaren Publikums bewies dem Vortragenden nicht nur die Ergriffenheit seiner Zuhörer, sondern lohnte auch neben den Dankesworten von Bürgermeister Anderer das freundliche Entgegenkommen des Gelehrten, der mit seinen Ausführungen Etzenrot ein großes kulturelles Erlebnis vermittelt hatte.

In Etzenrot hat dieser Vortrag nach dem im Dezember 1950 gehaltenen juristischen Vortrag von Reg.Rat Dr. Scherz den Boden für die weitere Arbeit des Volkshochschulwerkes geebnet. Die Gemeindeverwaltung Etzenrot wird sich auch in Zukunft bemühen, recht oft Vortragende für alle Wissensgebiete zu verpflichten. Vielleicht gelingt es auch noch einmal, Prof. Dr. Paulsen zu einem Vortrag über Ägypten, wo der weltbekannte Archäologe ebenfalls an Ausgrabungen teilnahm, zu gewinnen — eine Hoffnung, deren Erfüllung für alle Hörer seines Palästina-Vortrags eine große Freude wäre. Z.

Bereins-Nachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ettlingen. Samstag und Sonntag findet eine Arbeitswanderung zum Naturfreundehaus im Gaisstal statt. Gleichzeitig steigt am Samstagabend ein Hüttenabend zu dem die Mitglieder eingeladen sind.

Alle aktiven Musikkameraden

der Kapelle des Musikvereins Ettlingen werden gebeten, am Freitag, 16. Febr., pünktlich im neuen Probelokal (Schloß, Südflügel links, III. Stock) zu erscheinen.

Turn- und Sportverein Ettlingen

Generalversammlung am Samstag, 17. Febr., 20 Uhr im Gasthaus zum „Engel“.

Die Berufsgruppe Kaufmännische Angestellte in der DAG hält am Montag, 19. Febr., 19.30 Uhr, in der Geschäftsstelle Karlsruhe, Kriegsstraße 154, ihre Hauptversammlung mit Neuwahl der Berufsgruppenleitung ab, in der ein Bericht über die Tarifsituation gegeben wird.

Ettlinger Filmschau

„Leidenschaft“

In der Originalfassung mag der Streifen das südfranzösische Milieu noch mehr charakterisieren. Aber in deutscher Sprache kommt der Film der Wirklichkeit recht nahe. Raue Menschen aus den Bergen des Ventoux geben dem Stück eine seltene Spannung. Maria Casarès spielt in der Hauptrolle als Camella die Rolle einer schönen Frau, die mit ihren Reizen die Männer leicht an sich fesselt. Wenn erst der harte Kern dieser Menschen durchbrochen ist, dann lieben sie eine südländische Liebe, eine Liebe die mit einer unheimlichen Eifersucht verbunden ist. Diese Eifersucht bestimmt den Inhalt des Films. Immer, wenn Camella meint, ihr Glück gefunden zu haben, zerstört die Eifersucht alles und läßt ihr nur einen Traum an jene wenigen Tage zurück, bis dann das Schicksal endlich doch ein Einsehen mit ihr hat. Antoine, der Geliebte von Camella, wird von einem Bekannten Camelles aus Eifersucht mit dem Messer angefallen. Antoine verwundet ihn tödlich und muß in die Berge fliehen. Camelle folgt ihm ins Gebirge, opfert für ihn ein bequemes Leben und Reichtum, um an seiner Seite glücklich zu werden. Die Ettlinger Uli zeigen nur noch heute dieses mitreißende Filmwerk.

Aus dem Albgau

Vorbei, aber nicht vergessen...

Pfaffenrot. Das Schönste war eigentlich der Faschingsball des Gesangsvereins „Freundschaft“ im bunten und festlich ausgeschmückten Saal der „Blume“. Es kam eine so wundervoll behagliche Stimmung auf, zugleich auch so farbenfreudig und beschwingt, daß der Mangel an Masken kaum störte. Preisgekrönt wurden drei weißgekleidete Männer, von denen zwei Ärzte waren und der dritte Patient, dem man unter großem Hallo mit einer Brechzange die Zähne herausholte. Die Kostüme waren vielfach sehr hübsch. Ein hohes Verdienst an der schönen Feststimmung besaß die Tanzkapelle, zusammengesetzt aus Saxophon und Klarinette (beides spielte wechselnd Edmund Schottmüller), Trompete (Richard Kunz), Akkordeon (Steffi Duft, aber prima!), Schlagzeuge (Karl Merz, nicht minder gut!). So eine saubere, klare und schmissige Zusammenstellung wie auch Programmauswahl hat man lange nicht gehört. Alle vier waren Mitglieder des Pfaffenroter Musikvereins „Edelweiß“.

Am Dienstag war in beiden Wirtschaften stürmischer Faschingsball, dazu auch noch in Marxzell. Am Rosenmontag zog der althergebrachte Rosenmontags-Dorfkarneval durch die Gassen, auf dem Festwagen gab es lustige Masken und anzügliche Lesbarkeiten wie überall auf den Dörfern.

Aus dem Gerichtssaal

Grauer Zucker?

Eine groteske Zuckerhandelsaffäre aus Malsch

Eine Preisübertretung mit wahrhaftig politischem Hintergrund mußte das Amtsgericht Ettlingen in seiner letzten Sitzung verhandeln. Den Grund zu dieser Übertretung gab die Zuckerknappheit im vorigen Herbst. Nachdem der Zucker vorher monatelang in ausreichender Menge den Verbrauchern geliefert wurde, trat fast über Nacht mit Beginn der Korea-Krise eine Stockung ein. Vielleicht verringerten sich die Einfuhren, oder Einzel- und Großhandel stellten sich auf Vorratshaltung ein. Vielleicht kaufte auch diese und jene Hausfrau einige Pfund Zucker mehr ein, als unbedingt nötig waren, um für magere Zeiten gesichert zu sein. Vielleicht wollten auch städtliche Stellen eine zügellose Hortung vermeiden und gaben deshalb nur geringere Mengen frei. Zum Verdruß der Bevölkerung spielte sich das alles im Herbst ab, als Einmachzeit und Mostzeit den Verbrauch sowie steigerten. Auch die Imker deckten sich zu jener Zeit mit der Winternahrung für ihre Bienen ein.

Ein Bäcker und Kolonialwarenhändler aus Malsch stand dieser Verknappung zunächst machtlos gegenüber, bis er für seine Kunden endlich einen Ausweg fand. In Ötigheim kaufte er bei einem Großhändler 3400 kg französischen Importzucker. Der Preis lag bei 1.12 DM pro Kilogramm, während der übliche Großhandelspreis in der amerikanischen Zone 1.06 DM beträgt. Der Einzelhandelspreis ist in der US-Zone auf 1.18 DM festgesetzt. Der Bäckermeister wollte nur ungefähr den Gewinn erzielen, der beim Verkauf des handelsüblichen Zuckers abfiel. Deshalb setzte er sich über die bestehende Vorschrift hinweg und verkaufte den Zucker anstatt für 1.18 DM für 1.34 DM. Im benach-

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Karlsruher Lokaldarby Die Spiele der 1. Amateurliga

In der 1. nordbadischen Amateurliga haben die Feudalheime die Führung vor Phoenix Karlsruhe und dem KFV übernommen. Am Sonntag empfängt Feudenheim weiter festlegen. Die beiden Verfolger KFV und Phoenix Karlsruhe sind im Karlsruher Lokaldarby unter sich. Daxlanden wird in Schwetzingen auf Granit beissen, und zwischen Rohrbach und Friedrichsdorf dürfte es ebenfalls einen harten Kampf geben. Der VfB Pforzheim wird sich auf eigenem Gelände von Vierheim den Sieg kaum streitig machen lassen, während im Brötzingen Tal die Hockenheimer von vornherein auf verlorenem Posten stehen. In den Begegnungen Mosbach gegen Adelsheim und Eutingen gegen Leimen werden die Platzvereine als Sieger erwartet.

- Die Spiele:**
 KFV - Phoenix Karlsruhe
 Daxlanden - Schwetzingen
 Rohrbach - Friedrichsdorf
 VfB Pforzheim - Vierheim
 Brötzingen - Hockenheim
 Mosbach - Adelsheim
 Feudenheim - Birkenfeld
 Eutingen - Leimen

Wird die Spitzengruppe gesprengt? Die Spiele der 1. Liga Süd

Die Spitzenreiter der süddeutschen 1. Liga bleiben auch nach dem 4. Spieltag dicht beisammen. Von den sechs Spitzenvereinen müssen nur im kommenden Wochenende vier auswärtig auf Punktejagd gehen: der 1. FC Nürnberg und VfB Stuttgart dagegen kommen in den Genuss von Heimspielen. Dem Club sollte dabei gegen die Augsburger Schwaben ein knapper Sieg gelingen. Der VfB trifft auf den FC Schweinfurt, der mit Ätzer den ersten sechs Vereinen ist. Der Deutsche Meister sollte zu Hause stark genug sein, die Vorspielniederlage auszuräumen und die Kugellagerstädter durch einen Sieg aus der Spitzengruppe zu verdrängen. Der Tabellenführer VfB Mühlburg, dessen beträchtlicher Vorsprung mehr und mehr zusammenbricht, hat beim FC Singen anzureuen, der darauf lauert, abermals einen Favoriten zum Stolpern zu bringen. Eine Niederlage Mühlburgs würde dem Halbmeister die Tabellenführung kosten. Auch die SpVgg. Fürth hat beim SC Augsburg einen harten Strauß auszudehnen. Genauso schwer ist die Aufgabe des FSV, der im Frankfurter Lokaldarby Gast bei der Eintracht ist. In Neckarau sind bereits am Samstag zwei Abstiegskandidaten unter sich. Die Darmstädter dürfen sich keinen allzu großen Hoffnungen hingeben, bei Neckarau beide Punkte erobern zu können. Ein weiterer Abstiegskandidat, der SSV Reutlingen, gibt seine Karte bei 1900 München ab. Reutlingen gilt auch auswärtig als Favoritenschreck, so daß die „Löwen“ auf der Hut sein müssen, wenn sie keinen Reifall erleben wollen. Waldhof, noch immer absteigbedroht, hat seinen Lokalgegner VfB Mannheim zu Gast. In München haben die Bayern bei ihrem zweiten Heimspiel diesmal die Offenbacher Kickers zum Gegner, die auswärtig noch keine großen Lorbeeren ernten konnten und den Bayern wohl den Sieg überlassen werden müssen.

- Die Spiele:**
 VfL Neckarau - Darmstadt 98
 1900 München - SSV Reutlingen
 VfB Stuttgart - Schweinfurt 96
 Waldhof Mannheim - VfB Mannheim
 FC Singen - VfB Mühlburg
 SC Augsburg - SpVgg. Fürth
 Eintracht Frankfurt - FSV Frankfurt
 1. FC Nürnberg - Schwaben Augsburg
 Bayern München - Kickers Offenbach

Regensburg im Blickpunkt Die 2. Liga Süd am Wochenende

Eine Art Vorentscheidung über die Meisterschaft in der 2. Liga Süd fällt am kommenden Sonntag in Regensburg, wo der Tabellenführer Stuttgarter Kickers und der Tabellenzweite Jahn Regensburg aufeinandertrifft. Bei einem Sieg der Stuttgarter rückt für diese die Meisterschaft der zweiten Liga und damit der Sprung ins Oberhaus in greifbare Nähe. Ein Sieg von Regensburg würde die Frage nach dem Meister weiter offen lassen. In Regensburg gäßen die Jahnleute allerdings als klarer Favorit. Die beiden Verfolger von Kickers und Jahn, der ASV Cham und Bayern Hof, müssen ihre Karte bei württembergischen Vereinen abgeben. Der ASV Cham weist bei Union Böckingen, der in akuter Abstiegsgefahr schwebt, aber durch einen Sieg über die starken Männer aus dem Bayernwald seine Situation ganz gut verbessern könnte. Bayern Hof ist bei den Ulmer Spatzern zu Gast und dürfte es dort sehr schwer haben, zu einem Sieg zu kommen, zumal die Ulmer augenblicklich zu Hause immer gute Spiele hinlegen. Der ASV Durlach sollte am kommenden Sonntag zu Hause gegen Aschaffenburg zu einem knappen Sieg kommen und damit allen Abstiegsorgen entzogen sein. Sehr schwer ist die Aufgabe, die dem 1. FC Pforzheim beim SV Wiesbaden gestellt wird. Von den absteigbedrohten Vereinen hat der VfL Konstanz kaum eine Chance, in Bamberg mit einer Überraschung aufwarten zu können. Arheilgen und Tübingen spielen zu Hause. Die Hessen empfangen Wacker Münden, wobei ein Erfolg nicht ausgeschlossen ist, und Tübingen hat gegen den ebenfalls nicht ganz zufriedenen Freiburger FC die große Chance, endlich zum zweiten Sieg im 2. Meisterschaftsspiel zu kommen. In Straubing ist Hessen Kassel zu Gast, das gut für ein Remis ist.

- Die Spiele:**
 TSV Straubing - Hessen Kassel
 Jahn Regensburg - Stuttgarter Kickers
 SV Tübingen - FC Freiburg
 SV Wiesbaden - FC Pforzheim
 ASV Durlach - Viktoria Aschaffenburg
 Union Böckingen - ASV Cham
 SG Arheilgen - Wacker Münden
 TSG Ulm 48 - Bayern Hof
 FC Bamberg - VfL Konstanz

Deutsche Kanuten haben große Pläne

Die deutschen Kanuten haben für die diesjährige Saison große internationale Pläne. Eine starke deutsche Delegation soll zu den Kanu-Weltmeisterschaften im Slalom nach Steyr (Österreich) entsandt werden. Eine deutsche Mannschaft wird sich am 5. August in Frankreich bei der Wildwasserfahrt auf dem Verdon beteiligen. Die Einladung hierzu ist bereits an den Deutschen Kanuverband ergangen. Eine weitere Einladung erhielten die deutschen Kanuten vom Kajak-Club de France für das „Criterium international de la Riviera“ auf der oberen Verze. An dieser Wildwasserfahrt beteiligen sich außer Deutschland auch Fahrer aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Belgien, Luxemburg, Österreich und der Schweiz.

Hockenheimer Protest abgewiesen

Nach einem Entschluß des nordbadischen Verbandsgerichts behält Birkenfeld beide Punkte aus dem Spiel gegen Hockenheim. Gegen das Birkenfelder mit 2:1 gewonnene Spiel hatte Hockenheimer Protest eingelegt, da der Schiedsrichter zwei Minuten zu früh abgepfiffen haben soll. Das Verbandsgericht erkannte den Protest nicht an, da nach der Uhr der Schiedsrichters der Abpfiff des Spieles regulär erfolgt sei.

Sechs Spiele im Handball

In der Handballverbandsklasse Nordbaden stehen sechs Treffen auf dem Programm: Mühlburg gegen Birkenau, Weinheim - Ottersheim, Ketsch - Leutershausen, Waldhof - Rot. St. Leon - Rintheim.

barten Muggensturm verkaufte man den gleichen Zucker sogar für 1,26 DM. Aber dort besaß man eine Sondergenehmigung und immerhin lag noch die Zonengrenze zwischen den beiden Ortschaften.

Man fühlt sich zurückversetzt in die dunkelsten Zeiten der Zonentrennung, als die französische Zone für uns noch Ausland war. Aber daß man heute noch mit zwei Maßen mißt, ist doch etwas grotesk, nachdem die Zonengrenzen bereits vor Jahren beseitigt wurden und eine gemeinsame Bundesregierung die drei Zonen verwaltet. Während die Händler in der französischen Zone straffrei ausgingen, erhielt der Bäckermeister aus Malsch für dieses „Geschäft“ einen Strafbefehl über 600 DM wegen Übertretens der Wirtschaftsstrafgesetze und der Preisvorschriften. Zu den üblichen Kosten wie Umsatzsteuer und Verpackungskosten mußte er noch die Fracht für die Ware zahlen, die ihm sonst frei Haus angeliefert wird. Zur gleichen Zeit verkauften Schieber den Zucker für 2 DM das Kilogramm. Der Händler wollte wahrscheinlich nur seine zuckerhungrigen Kunden bedienen und stolperte dabei über das Gesetz.

Bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht Ettlingen - der Händler hatte gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben - beantragte die Staatsanwaltschaft 300 DM Geldstrafe. Der Richter erkannte jedoch, daß der Angeklagte aus Hilfsbereitschaft handelte und die Notlage der Bevölkerung nicht ausnutzte. Deshalb minderte er die Strafe auf 150 DM. Außerdem muß aber der Verurteilte den Mehrerlös abführen. Bei dieser Verurteilung war sicherlich eine Bemerkung auf der Rechnung der Großhandelsfirma ausschlaggebend, die besagte, daß der Zucker nur zur Weiterverarbeitung und nicht zur Abgabe an den Verbraucher bestimmt sei.

Bei all dem darf man aber auch nicht vergessen, daß dem Angeklagten die bestehenden Preisvorschriften bekannt waren. Gerade wegen der Gerechtigkeit dürfen diese Gesetze nicht überschritten werden, denn wir wissen aus eigener Erfahrung, zu welchem Chaos eine geringe Preiserhöhung führen kann: heute würde dieses und morgen jenes Nahrungsmittel um wenige Pfennige aufschlagen, wenn keine Überwachung bestünde und dann käme das gesamte Preisgefüge ins Wanken.

Wettervorhersage

Am Donnerstag und Freitag wechselnd, anfangs noch stärker bewölkt und vereinzelt Schauer. Morgens stellenweise neblig. Höchsttemperaturen 4 bis 7 Grad, nachts örtlich leichter Bodenfrost. Schwache bis mäßige Winde aus Südwest, später Nordwest.

Barometerstand: Veränderlich
Thermometerstand: (heute früh 8 Uhr) 3° über 0

Rheinwasserstand 14.2.: Konstanz 294 (-1)
Breisach 174 (+0) Straßburg 244 (+4)
Maxau 419 (+21) Mannheim 280 (+22)
Caub 194 (-4)

ETTLINGER ZEITUNG
Südd. Helmatzeitung für den Albau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Boxsportverein Ettlingen
Am Samstag, den 17. Februar 1951 um 20.00 Uhr boxt in der Markthalle
Ilfezheim -> B. S. V. Ettlingen
Vorverkauf bei Kiosk Rilm und Zigarrenhaus Dietz Ringplätze sind numeriert
Zu dieser Veranstaltung laden wir alle Sportfreunde herzlich ein.
B. S. V. Ettlingen

BEKANNTMACHUNGEN

Stangenverkauf
Die Gemeinde Spielberg versteigert aus ihrem Gemeindegeld am Samstag, den 17. Februar 1951, Zusammenkunft vormittags 8 1/2 Uhr beim Rathaus

Reisstangen	
Klasse 1a 370 Stück	Klasse 1b 340 Stück
Klasse 1c 450 Stück	Klasse 2 360 Stück
Klasse 3 620 Stück	
Derbstangen	
Klasse 1a 590 Stück	Klasse 1b 370 Stück
Klasse 2a 770 Stück	Klasse 2b 210 Stück
Klasse 3a 450 Stück	Klasse 3b 510 Stück
Klasse 3c 120 Stück	Gerüststangen 130 Stück

Der Bürgermeister

Veränderung 8. 2. 1951 HR A 9 Teilvermögen der Firma A. Schneider o. H. G. in Ettlingen, nämlich Kaufhaus Merkur in Karlsruhe. Neuer Treuhänder ist ab 15. Januar 1951 Dr. Helmut Mylius, Stuttgart-O. Amtsgericht Ettlingen

STRAUB-Kaltwelle 4.25
zu Hause ein Haarwäscher komplett.
Die neuesten Verfahren der deutschen Universitäten haben die Unschädlichkeit bewiesen! - Haltbarkeit ca. 1/2 Jahr.
Es ist so leicht! Garantiertes Typensystem z. Selbstwaschen, Typ V 1/2 Liter, Prospekt „Selbstwaschen und Lockspray“ gratis
Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

„Sie essen doch auch Margarine auf dem Brot?“
Natürlich - aber es muß Sanella sein
die schmeckt so frisch!

So knusprig frisch, wie Tag für Tag das Brot vom Bäcker kommt - so frisch erhalten Sie Sanella heute überall! Sie wissen doch: Sanella wird täglich aus reinen, sorgsam ausgewählten Fetten frisch bereitet... wird Ihrem Kaufmann frisch ins Haus geliefert und kommt darum besonders frisch in Ihre Hand!
Es ist so einfach, festzustellen, wie frisch und rein Sanella schmeckt: Streichen Sie Sanella auf eine Scheibe Brot und dann - kosten Sie!

Jersey-Röcke
Gr. 40 - 42 - 44 - 46 - 48
Jersey-Reste
zum aussuchen, äußerst billig einget. offen
FRAU OTT
Mühlentstraße 33

„Eine gute Illustrierte gehört in jedes Haus“
Buchdruckerei A. Graf
Ettlingen, Schöllbronner Str. 5

GRÜNKREIS ERZEUGNIS
ALAXO
für Magen und Darm
DARMEINREINIGUNG
Hilft immer
Badenia-Drogerie
R. Chemnitz, Leopoldstr. 7

ZU VERKAUFEN
Wegen Umzug zu verkaufen: Koch- und Backherd, gut erh., 1 lichter Einspänner-Kühlschr., ca. 10 Jhr. gutes Wischen u. Stroh.
Wolf, Ettlingen, Bahnhofstr. 9
Halbschube, neu, schwarz, Gr. 42 für Kunsthanden geeignet.
Zu erfr. unt. Nr. 470 in der EZ.

ZUKAUFENGESUCHT
Haus
zu kaufen gesucht bei größerer Anzahlung. Angebote unter Nr. 471 an die EZ.

Ärzte und Anwälte
Dr. Gaber
Kinderärztin, Friedenstraße 5
Von 15. 2. bis 1. 3. vertreten

STELLENANGEBOTE
Junges Mädchen in guten kleinen Haushalt lagobder gesucht. Zu erfr. unter Nr. 468 in der EZ.

ZUMIETENGESUCHT
Leeres Zimmer oder Mansarde von einzelner Person gesucht. Angeb. unt. Nr. 467 an die EZ.

Weine
Feiner Malaga 1/1 Fl. 3.70
unter Tarragona Fl. 3.25
Feiner 1347er Bordeaux (Mouquetor), süßlich 1/1 Fl. o. Gl. 3.45
Feiner Muskateller Fl. 3.95, 3.45 und 2.95
Wermutwein 1/1 Fl. 1.58
Vinalto-Wermutwein 1/1 Fl. o. Gl. 1.95
1950er Weißwein Liter 1.45, 1.25 und 1.15
1950er Rotwein Liter 1.45, 1.35 und 1.25
Sowie alle Markenfabrikate Weinbrände und Liköre vorrätig
JOSEF CICHON
vorm H. Hauck
Lebensmittel - Feinkost - Spezialhaus
Ettlingen, Leopoldstr. 21, Tel. 484

Umschau in Karlsruhe

Wiederaufbau des Karlsruher Rheinhafens gefährdet

Karlsruhe (Iwb). Nach einer Mitteilung des Karlsruher Hafendirektors müssen die Aufbauarbeiten im Karlsruher Rheinhafen eingestellt werden, wenn der für diesen Zweck von der Landesregierung zugesagte Betrag von einer Million DM in den nächsten Tagen nicht eintrifft.

2 Jahre Gefängnis für „Pitt“

Das Ende einer Hochstapler-Laufbahn Karlsruhe (UP). Der 31-jährige Peter Robert Seeger, ein Hochstapler, der als „General Pitt“ in ganz Westdeutschland von sich reden machte, wurde nach zweitägiger Verhandlung von der Großen Strafkammer in Karlsruhe wegen Betrugs in 16 Fällen, mehrfacher Unterschlagung und Widerstandes sowie öffentlicher Beleidigung von Polizisten zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Zehn Monate der schon verübten Unterschlagung wurden auf seine Strafe angerechnet. Der Staatsanwalt hatte zweieinhalb Jahre Gefängnis beantragt.

Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages standen große Betrügereien, die der Angeklagte im Juli 1949 beim Volkswagenwerk verübte. Der Journalist Michael Graf Soltikow aus München wurde als Zeuge vernommen. Graf Soltikow erklärte, Seeger und er hätten als Journalisten durch die Grönig-Affäre viel Geld verdient. Anschließend war das Plädoyer des Staatsanwaltes gefolgt. „Der den Angeklagten als einen „krankhaften Lügner“ bezeichnete und als „ausgesprochenen Typ eines Hochstaplers, der für die Öffentlichkeit gemeingefährlich ist“.

Prüfung für das künstlerische Lehramt

Karlsruhe (Iwb). Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden wird voraussichtlich im Herbst eine Staatsprüfung für das künstlerische Lehramt an höheren Schulen, Fachrichtung Kunstziehung, abhalten. Meldungen für diese Prüfung sollen bis spätestens zum 1. März bei der Landesbezirksdirektion für Kultus und Unterricht in Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade, eingereicht werden.

Aus der badischen Heimat

Dr. Schenkel in Heidelberg

Der Kultminister besichtigte die Universitätsinstitute — Hochschulen sind „Schicksalsfragen unseres Volkes“

Heidelberg (Iwb). Der württembergische Kultminister Dr. Schenkel besichtigte verschiedene Institute der Universität sowie das Baugebiet am Nordufer des Neckars, auf dem ein neues Universitäts-Klinikum entstehen soll.

Der Kultminister äußerte, er habe sich vor seiner Abfahrt nach Heidelberg auf Schlimmes gefaßt gemacht. Er sei jedoch von dem, was er gesehen habe, „einfach erschüttert“. Es mangle an den wissenschaftlichen Instituten zum Teil am Allernotwendigsten. Er wolle mit dem Finanzminister „aufs Eindrücklichste“ über die Heidelberger Universitätsverhältnisse sprechen. Zur Schulreform betonte Dr. Schenkel, daß er in der Volksschule die unerlässliche Grundlage des gesamten Bildungs- und Schulwesens sehe. Sie sei aber nicht Zubringer für die Oberschulen, vielmehr eine in sich abgeschlossene Bildungswelt. Die Welt der Hochschule schließlich sei eine „Schicksalsfrage unseres Volkes“. Schließlich lehnte Dr. Schenkel noch die Heranbildung einer „Staatsjugend“ in einheitlicher Richtung ab.

Im eigenen Keller ertrunken

Wertheim (Iwb). Eine 60 Jahre alte Frau ist im Keller ihres eigenen Anwesens in Wertheim ertrunken. Die Frau war die Kellertreue hintergefallen, in dem das Grund-

40 Millionen für Wohnungsbau

Landtag billigt Erklärung des Finanzministers Süßwarensteuer „soll verfehlte Steuerpolitik gutmachen“

Stuttgart (Iwb). Der württemberg-badische Landtag billigte eine von Finanzminister Dr. Frank vor dem Finanzausschuß abgegebene Erklärung, daß das Innenministerium zunächst über 40 Millionen DM aus öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau verfügen kann.

In diesem Betrag sind 17 Millionen DM Bundesmittel, 8 Millionen DM aus Umstellungsgeldern sowie 15 Millionen DM Landesmittel enthalten. Ein Antrag der CDU, 40 Millionen DM allein aus Landesmitteln für den Wohnungsbau zu bewilligen und den beiden Landeskreditanstalten sofort das Verfügungsrecht über dieses Geld zu erteilen, wurde nach Paragraph 99, Artikel 3 der Landesverfassung von den Regierungsparteien als nicht zulässig erklärt. Die Frage, ob der Paragraph 99 auf den CDU-Antrag angewendet werden kann, wurde bei namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der CDU und der DG-BHE entschieden. Nach diesem Artikel darf der Landtag keine Ausgaben beschließen, für die keine Deckung vorhanden ist. Der Abstimmung ging eine überaus lebhaft geführte Debatte voraus, in deren Verlauf sich die CDU und die SPD unter anderem gegenseitig der „Schaum-schlägerei“ bezichtigten.

Finanzminister Dr. Frank betonte, daß er keine Angaben darüber machen könne, welche Beträge insgesamt für den Wohnungsbau bereitgestellt werden könnten, bevor nicht der Entwurf des Haushaltsplanes 1951 vorliege. Dieser sei durch das Defizit des vergangenen Haushaltes schon im voraus sehr belastet. Hinzu kämen noch weitere Anforderungen, die der Bund an die Finanzkraft des Landes stelle. Bei der Besprechung des Bundesfinanzministers mit den Finanzministern und Ministerpräsidenten der Länder am kommenden Freitag werde geprüft werden, inwieweit die Länder an einer zusätzlichen Belastung des Bundeshaushaltes in Höhe von über vier Milliarden DM beteiligt werden sollten.

Keine weiteren Flüchtlinge

Innenminister Ulrich sagte, er werde im Bundesrat solange gegen die beabsichtigte Umstellung von 25 000 Flüchtlingen nach Württemberg-Baden Einspruch erheben, als in anderen Ländern der Bundesrepublik der Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung nur 10 Prozent betrage. In Württemberg-Baden dagegen seien 18,6 Prozent der Bevöl-

kerung Flüchtlinge. Es sei auch unverständlich, daß Württemberg-Baden weitere Flüchtlinge aufnehmen solle, während Bayern, das eine geringere Bevölkerungsdichte aufweise, Flüchtlinge abgeben wolle.

Einstimmig gegen Süßwarensteuer

Auf Antrag der DVP- und der SPD-Frak-tionen beauftragte der Landtag die Regierung einstimmig, im Bundesrat gegen die geplante 50prozentige Sondersteuer für Süßwaren Einspruch zu erheben. Abgeordneter Schäfer (DVP) betonte, die Vorlage der Bundesregierung stelle nichts anderes dar als ein Ermächtigungsgesetz, mit dessen Hilfe sie auch andere Waren mit Sondersteuern belegen könne. Es sei zu bedenken, daß der Zuckerverbrauch in Deutschland mit 23,9 Kilogramm im Jahr weit unter dem Zuckerverbrauch der anderen europäischen Länder liege. Abgeordneter Helmstädter (SPD) betonte, die Bundesregierung wolle jetzt ihre verfehlte Steuerpolitik durch Steuern zu Ungunsten der breiten Masse wieder gutmachen. Auf eine Äußerung des CDU-Abgeordneten Kuhn, die DVP könne doch über ihre Bundestagsabgeordneten in Bonn das Gesetz zu Fall bringen, erwiderte Abgeordneter Müller (SPD), daß der Urheber des Gesetzesentwurfes der CDU-Bundesfinanzminister Schäfer sei.

Anlage der Soforthilfemittel

Auf Antrag der SPD ersuchte der Landtag die Regierung, sie solle sich beim Hauptamt für Soforthilfe und beim Bundesfinanzministerium für eine dezentralisierte Anlage der Soforthilfemittel einsetzen. Diejenigen Gelder, die die Länder für die Soforthilfe aufbrachten, gingen auf längere Zeit der Wirtschaft dieser Länder verloren. Abgeordneter Möller wünschte, die Kassenbestände des Hauptamtes für Soforthilfe sollten bis zu ihrer Verwendung für mittelfristige Anleihen zur Verfügung gestellt werden. Auf Antrag des Finanzausschusses lehnte der Landtag die von der DG-BHE-Fraktion geforderte Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes über die Ausgabe von Steuergutscheinen zum Zweck der Förderung des Wohnungsbau ab.

Der Landtag wird in seiner nächsten Sitzung sich in erster Linie mit den nicht behandelten Tagesordnungspunkten beschäftigen.

Das Staatstheater Pforzheim wird am 16. 3. 1951 das Schauspiel „Aquarium“ von Alwin Michael Rüffer als Uraufführung herausbringen. Der Autor gehört dem Schauspielensemble des Stadttheaters Pforzheim an.

Aus den Nachbarländern

Gegen weitere Preiserhöhungen

Stuttgart (Iwb). Der Bezirksvorstand Württemberg-Baden im Deutschen Gewerkschaftsbund hat sich in einer Erklärung erneut gegen die Preiserhöhungen und die „verfehlte Wirtschaftspolitik“ Professor Erhardt gewandt. In der Erklärung heißt es, es sei unverständlich, daß das Bundeskabinett nicht den Mut aufbringe, sich dem „unheilvollen Einfluß des Bundeswirtschaftsministers“ zu entziehen.

Gerichtsverfahren gegen Einsiedel gefordert

Stuttgart (Iwb). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Paul drückt in einem Zeitungsartikel die Erwartung aus, daß der Verband der Heimkehrer in Württemberg-Baden gegen Graf Einsiedel eine gerichtliche Klage erheben wird. Die bei der Diskussion des Heimkehrerverbandes gegen ihn erhobene Beschuldigung, er sei am Tode hunderttausender Kriegsgefangener in der Sowjetunion mit-

wasser 17 cm hoch stand. Die Verunglückte war nicht mehr in der Lage, sich aus eigenen Kräften aufzurichten und ertrank.

Dreiköpfige Diebesbande festgenommen

Mosbach (Iwb). In Neckargerach wurde eine dreiköpfige Diebesbande festgenommen, die seit Monaten die Gegend unsicher gemacht hatte. Die drei Männer, polnische DP's, liefen der Polizei in die Hände, als sie mit einem Teil ihres Beuteguts nach Ludwigsburg abreisen wollten.

Fünfzehnjähriger beging Selbstmord

Lahr (Id). Auf dem Bahnkörper bei Friesenheim wurde die Leiche eines 15jährigen Sattlerlehrlings aus Friesenheim gefunden. Die Untersuchung ergab, daß sich der Junge um Mitternacht vor einen Zug geworfen hatte. Das Motiv des Selbstmordes war Liebeskummer.

Kreuz und quer durch Baden

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend in der Erzdiözese Freiburg veranstaltet vom 27. bis 30. März dieses Jahres in Karlsruhe eine Jugendwoche.

Die traditionellen Bruchsaler Schloßkonzerte sollen nach Mitteilung des Verkehrsvereins Bruchsal Mitte dieses Jahres erstmals nach dem Kriege wieder veranstaltet werden. Der Sommertagszug ist für den 6. Mai vorgesehen.

ren Leuten gegenüber so geäußert Man würde ihr Unannehmlichkeiten machen. Den Gedanken der Flucht hatte Bert aufgegeben. Falls man ihn erwische, würde die Krone verloren sein. Er durfte nicht so leichtfertig handeln. Vielleicht gelang es ihm, auch bei einer Verhaftung die Krone für Körding zu retten . . .

Morgens gegen sieben Uhr verlangte er von dem Posten, man möge ihm den Diener schicken. Der Diener kam aber nicht, und schließlich vernahm er von der Wachabteilung, daß man auch den Diener heute nacht verhaftet habe.

Um acht Uhr hörte er Schritte auf dem Gang, dann klopfte es bei ihm an die Tür. Er öffnete und sah Conchita. Ein feierlicher Glanz war in ihren Augen. Sie lächelte. Hinter ihr tauchte ein junger, eleganter Mensch auf, der eine Armbinde trug.

Der junge Mann trat vor und sagte in einem außerordentlich schwachen Deutsch, daß er den Auftrag habe, die Begegnung zu überwachen. Er gebe zehn Minuten Zeit. Dabei verneigte er sich lächelnd vor Conchita, ließ sie eintreten und schloß die Tür.

Bert war mit ihr allein. Sie sank ihm in die Arme, küßte ihn, leidenschaftlich und begann dann in englischer Sprache, die sie gut beherrschte, hastig auf ihn einzureden. Dieser Mensch — sie deutete mit einer Kopfbewegung auf die Tür — leite die Untersuchung gegen sie; sie wickle ihn aber bereits um den Finger, und sie sei sei überzeugt, noch heute aus der Haft entlassen zu werden. Der eitle Pfau verstehe übrigens kein Wort englisch, das habe sie schon aus ihm herausgefragt. Wenn er wirklich an der Tür lausche, so komme er also nicht auf seine Rechnung. Bert sollte

etwas Unwirkliches, etwas aus einer ganz anderen Welt. Vielleicht deshalb, weil das Volk, das einmal an diese Krone glaubte, zugrunde ging — damals vor vielen hundert Jahren . . .

Es klopfte an die Tür. Conchita zuckte zusammen. „Beilen Sie sich!“ rief draußen die Stimme des jungen Menschen. „Sofort“, antwortete Conchita.

Dann flüsterte sie erregt: „Willst du sie mir nicht mitgeben, Bert? Meine Handtasche ist groß genug. Du mußt sie nur aus dem Kasten herausnehmen, ich verwahre sie für dich. Willst du? Man entläßt mich bestimmt, in wenigen Stunden bin ich frei. Du kannst dich darauf verlassen.“

„Eine gute Idee!“ Sie öffnete die Handtasche. Der nicht sehr hohe Reiß paßte genau hinein. Bert verbarg das Holzkästchen wieder im Bett.

Sie umarmte ihn von neuem: „Du — ich werde alles versuchen, auch dich freizubekommen. Man muß nur wollen, dann gelingt es einem auch.“

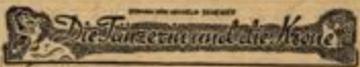
Er strich ihr übers Haar: „Wie steht es in Barcelona?“

„Schlimm. Du kannst es dir nicht vorstellen. Die Syndikalistens bfehlen, sie laufen bewaffnet durch die Straßen, genau so wie hier. Es sollen schon viele Leute erschossen worden sein. Trotzdem werden die Nationalen siegen: Sevilla ist schon in ihrer Hand, ein General hält dort Rundfunkansprachen.“

Es klopfte von neuem an die Tür. „Ich komme schon“, rief Conchita.

Und zu Bert: „Verlaß dich darauf, ich arbeite für dich. Ich kehre nicht eher nach Barcelona zurück, als bis du frei bist.“

Fortsetzung folgt



(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

2. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Der Mann verschwand. Conchitas Blick flog über die Fassade des Hauses. Sie entdeckte Bert und eilte sofort unter sein Fenster. Er rief zu ihr hinunter, sie solle von ihrem Plan ablassen. Sie könne ihm nicht helfen, sie gefährde sich nur selbst. Auch sie würde man in diese unglückliche Affäre hineinziehen. Er flüchte sie an, sofort nach Barcelona zurückzukehren.

Indessen waren ihr die Milizen gefolgt. Einer der Männer, ein Hüne von Gestalt, schrie sie an: er verbiete es ihr, sich mit Bert in einer fremden Sprache zu unterhalten. Als sie trotzdem Bert antwortete und ihm einige rasche Fragen stellte, packte man sie am Arm und zerrte sie zum Hauser zurück.

Wenige Minuten später erschien der Anführer von neuem. Und nun kam es zwischen ihm und Conchita zu einem scharfen Wortwechsel, dem Bert nicht folgen konnte. Gleich darauf mußte er erleben, daß man sie abführte. Sie kam mit den Leuten unten an seinem Fenster vorbei und rief hinauf:

„Verlaß dich auf mich, ich hole dich heraus!“

Bert verbrachte eine unruhige Nacht. Er sorgte sich um Conchita. Sie war allzu temperamentvoll und unvorsichtig mit Worten. Wenn man sie reizte, würde sie den Leuten einfach ins Gesicht schleudern, daß sie zu den Nationalisten stehe und von der „Syndikalistensbande“ nichts halte. In Barcelona hatte sie sich verschiedentlich ande-

LAND + GARTEN

Gebräuchliche Arten des Umveredelns

Kopulieren, Geißfußpfropfen, Anplatten, Rinden- und Tüpfelpfropfen

Im Umveredelns besitzt man ein Hilfsmittel, um Mißgriffe in der Sortenwahl zu beseitigen, z. B. schlechte Tragbarkeit, minderwertige Arten, unpassende Reifezeit, gegen Krankheiten und Schädlinge anfällige Bäume. Umgepfropfte Bäume tragen reichlicher; schwache Bäume, mit kräftigen Sorten veredelt, werden gesund und starkwachsend.

Das Abwerfen der Baumkrone muß im Winter, zur Zeit der Safruhe, geschehen. Beim Apfelbaum darf nicht zu viel Astwerk abgesägt werden; er verträgt große Schnittflächen schlechter als der Birnbaum. Der Winkel an der Kronenspitze soll bei breitwüchsigen Apfel- und Pflaumenbäumen auf 90 bis 100 Grad bemessen werden. Bei Birnen und Kirschen mit schlanken Kronen darf dieser Winkel spitzer gewählt werden, doch nicht unter 80 Grad.

Als Edelreiser sollen nur gut ausgereifte Einjahrstriebe von gesunden, reichtragenden und wüchsigen Bäumen Verwendung finden. Schlinglinge irgendwelcher Art dürfen an den Edelreisern nicht haften. Die Reiser werden von der Südseite der Mutterbäume geschnitten.

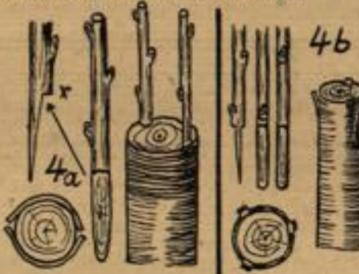
Das zur Verwendung kommende Reis soll einen gedrungene Wuchs und möglichst engstehende Augen haben. Man verwende auch nur das Mittelstück eines Reises, da der untere Teil meist schwache Augen hat und die Spitze schwächer und schlecht ausgereift ist.

Der Schnitt der Reiser muß zur Zeit der Safruhe erfolgen. Zusammenschließen der Edelreiser in kleine Bündchen von ungefähr 10 bis 12 Zentimeter Durchmesser ist nicht mehr zu empfehlen; besser ist es, sie einzeln nebeneinander in einem frostfreien Keller in feuchten Sand einzuschlagen.

Es gibt sehr viel Veredelungsarten, die in einem kurzen Aufsatz nicht alle behandelt werden können. Nur die wichtigsten sollen hier erwähnt werden. Man vergleiche zum

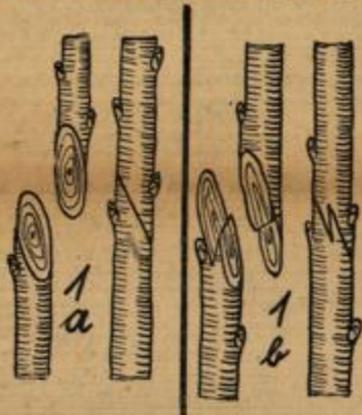
Das Geißfußpfropfen (2), auch Pfropfen mit dem Dreieckschnitt genannt, führt man am sichersten mit einem Geißfußmesser aus. Ein Verband aus Bast und ein Ueberstreichen der Wundung mit Baumwachs ist wichtig.

Das Anplatten (3) stellt eine leichte Veredelungsart dar und wird gleichfalls bei völliger Safruhe im Februar vorgenommen.



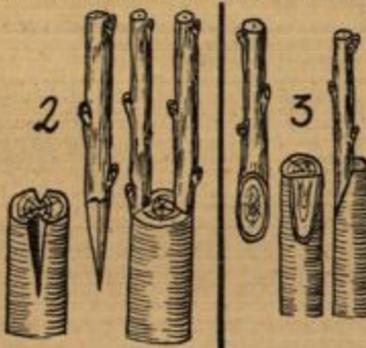
Eine sehr gebräuchliche Veredelungsmethode ist das Rindenpfropfen (4a), das man aber nur bei Kernobst anwendet. Dem Edelreis gibt man unter einem Auge einen Querschnitt (X) bis auf die Mitte und führt das Messer schräg nach unten. Den Stamm schneidet man waagrecht ab, macht in die Rinde, von oben beginnend, einen Längsschnitt und löst sie dann seitlich etwa 1 cm herunter. Hier schiebt man das Edelreis herunter, verbindet wiederum mit Bast und überstreicht die Wunde mit kaltweichem Baumwachs.

Beim Tüpfelpfropfen (4b), einer verbesserten Art des Rindenpfropfens, werden in der Rinde des umzueredelnden Astes zwei- bis dreimal zwei parallele Schnitte angebracht und die Rindenzungen abgeklappt. Die Edelreiser schneidet man dabei an zwei Stellen an, so daß sie an vier Stellen anwachsen können, und verfährt weiter wie bei den anderen Pfropfarten. Tüpfelpfropfung hat sich besonders gut beim Steinobst bewährt. Auch im Monat August kann beim Steinobst die letzte Umveredelungsart erfolgreich angewendet werden.



Folgendens unsere Illustrationen. Abb. 1 zeigt das Kopulieren, a) ohne und b) mit Gegenzungung; Abb. 2 das Geißfußpfropfen; Abb. 3 das Anplatten; Abb. 4 das Pfropfen zwischen Holz und Rinde, a) Rindenpfropfen und b) Tüpfelpfropfen. Die letzten beiden Arten können erst ausgeführt werden, wenn die Rinde sich gut lösen läßt, also Ende März bis April, beim Steigen der Säfte. Dagegen kann man die anderen Arten bei völliger Safruhe vornehmen. Pflaumen und Kirschen veredelt man im Februar und März um.

Beim Kopulieren (1) müssen „Stamm“ und Edelreis gleiche Stärke haben. Der Ast des umzueredelnden Baumes wird mit einem



schrägen Schnitt nach oben geschnitten, das Edelreis vom untersten Auge abwärts (1a). Jetzt legt man die Schnittflächen so aufeinander, daß Rinde auf Rinde paßt. Zum Verbinden nimmt man Schachtbast. Ein sorgfältiges Verstreichen mit Baumwachs soll den Eintritt von Luft und Wasser verbüten. Im Sommer muß der Verband durchgeschnitten werden, damit er durch Einschnitten nicht das Dickenwachstum behindert.

Das Kopulieren (1b) gibt der Verbindungsstelle größere Haltbarkeit. Durch zwei glatte, schräge Querschnitte an jedem Stück muß man zunächst gleiche Berührungsfächen erzielen. Durch je zwei weitere Schnitte an Unterlage und Edelreis erreicht man dann, die in der Zeichnung dargestellte Form.

Hackfruchtbau und Pferdefütterung

Die Handelsdüngemittel sind noch immer recht lohnend

In allen Zweigen des landwirtschaftlichen Betriebes muß der Landwirt heute mehr denn je nach Rentabilität streben, um Hof und Familie existenzfähig zu erhalten.

Es ist bekannt, daß bei landwirtschaftlichen Betrieben die Handelsdüngemittel — und hier besonders der Stickstoff — auch bei den augenblicklichen Preisverhältnissen noch immer lohnend und rentabel sind. Bei einem Gesamtaufwands-Index von 183 liegt der Index für Handelsdüngemittel verglichen mit den Jahren 1934—38 bei rund 150, bei Stickstoffdüngemitteln sogar bei nur 140. Das heißt, wenn die Betriebsmittel insgesamt gegenüber den Vergleichsjahren um 83% teurer geworden sind, sind es die Stickstoffdüngemittel nur um 40%.

Somit sind die Aufwendungen für Handelsdüngemittel auch heute noch sehr lohnend und verdienen sich in jedem Falle. Ausreichend hohe Düngung mit Stickstoffdüngemitteln danken besonders die Hackfrüchte. Für Kartoffeln sind 4 dz Schwefelsaures Ammoniak, für Futterrüben 6—8 dz Kalkammonsalpeter oder 5 dz Ammoniumsulfat, bei Zuckerrüben 8 und mehr Doppelsentner je ha von den oben genannten Stickstoffdüngemitteln zu empfehlen. Zahlreiche Versuchsergebnisse und vielfältige Erfahrungen in der Praxis bestätigen immer wieder den hohen Wirkungsgrad der Stickstoffdünger besonders im Hackfruchtbau in Verbindung mit einer ausreichenden Kali-Phosphatdüngung.

Schon während des ersten Weltkrieges und in den Krisenzeiten der folgenden Jahrzehnte sind fortschrittliche Landwirte dazu übergegangen, Hackfrüchte, insbesondere Kartoffeln und Zuckerrüben bei der Fütterung der Pferde einzuschalten.

Die Futterkosten für die Pferde, die selbst auf motorisierten Betrieben gehalten werden bzw. gehalten werden müssen, belasten diese Betriebe auf zweifache Weise. Einmal nimmt der Anbau von Hafer — der zu Unrecht als das alleinstellmachende Pferdefutter angesehen wird — eine im Vergleich zu seinem Betriebsaufwand unverhältnismäßig große Fläche ein. Ein Betrieb von 10—15 ha hält zumeist 2 Pferde. Bei einer durchschnittlichen Futtergabe von 4 kg je Pferd und Tag und einer Durchschnittsernte von 30 dz/ha Hafer nimmt die für

Pferdefütterung bestimmte Fläche je Pferdegespann 1 ha ein. Zum anderen ist Futtergetreide knapp und teuer. Es wird in jedem Fall bei der Verfütterung an Milch und Schweine geldbringender verwertet.

Die Kartoffelschwemme des übernormal guten Erntejahres 1950 und die damit zum Teil verbundenen Schwierigkeiten im Absatz von Speisekartoffeln sollten dazu Anlaß geben, der Verfütterung von Kartoffeln in jeder möglichen Form größere Beachtung zu schenken. Ein Forschungsinstitut des deutschen Ostens in Schlesien, auf dessen leichteren und leichteren Böden der Kartoffelbau vor dem zweiten Weltkrieg auf vielen Betrieben 30% und mehr der landwirtschaftlichen Nutzfläche einnahm, beschäftigte sich und seine Mitarbeiter mit der Klärung der Frage, in welcher Form und in welcher Höhe Kartoffeln ohne Schaden für Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Pferde verfüttert werden können.

Der Stärkewert für Kartoffelflocken z. B. wurde mit rund 83 kg ermittelt, der Stärkewert für Hafer beträgt rund 70 kg, die Verdauungswerte liegen bei 90 bzw. 71. Die Höchstgabe an rohen Kartoffeln liegt zwischen 10—15 kg.

1 kg Hafer, dessen Preis 0,29 DM beträgt, kann ersetzt werden durch

5 kg Gehaltstrüben gleich 0,10 DM.
11 kg Steckrüben gleich 0,22 DM.
5 kg Möhren gleich 0,10 DM.
3,5 kg rohe Kartoffeln gleich 0,18 DM.
3 kg gedämpfte Kartoffeln gleich 0,20 DM.

Etwa 30—50% der üblicherweise zur Verfütterung gelangenden Haferrationen lassen sich durch die eine oder andere oben angeführte Hackfrucht ersetzen.

Die erste Nahrung der Junggänse

Erst nach zwei Tagen haben die Junggänse das Bedürfnis der Nahrungsaufnahme. Das Futter soll möglichst leicht sein. Weizenkleie, später etwas Ei und feingebackte Brennnessel oder Salat werden vermengt. Haben sich die Gänse nach einer Woche schon gekräftigt, erhält die Nahrung eine Bereicherung durch gekochte Kartoffeln, Schrot, Gemüseabfälle, Rüben, Spinat, Wasser darf niemals fehlen.

Wie erreichen wir besonders frühe Salat-Ernten?

Es kommt auf die Wahl der richtigen Sorten an

Je früher ein Haus- oder Kleingarten sein Gemüse liefern kann, umso wertvoller ist es für den Gartenbesitzer. Der Kopfschnitt- und Pflücksalat steht hier an erster Stelle und ist in der frühen Jahreszeit eine hervorragende Vitaminquelle. Mit dem Salat werden Vitamine in bestmöglicher Wirkung dem menschlichen Körper zugeführt. Je reicher gerade der heranwachsenden Jugend Gemüse gegeben wird, desto gesünder wird sie sich entwickeln. Auf dem Mittagstisch des Gartenbesitzers sollte deshalb von Mai ab nie eine tüchtige Schüssel voll grünem Salat fehlen.

Es ist demnach wichtig, frühe und reichliche Salaternten zu erzielen. Man darf aber bei der Aussaat keine falschen Sorten wählen. Treibsorten, wie Böttner's Treib, Steinkopf, Malkönig Treib, Askania Treib, werden in den Monaten Dezember bis Februar ins warme Mistbeet gesät und dort in sorgfältiger gärtnerischer Pflegearbeit, die sich auf Gießen, Lüften, Beschatten und Zudecken erstreckt, bis zur Ernte weitergezogen. Von Ende Februar bis Anfang März dient das Mistbeet uns nur noch als sogenannter „kalter Kasten“ oder zur Anzucht und Vorkultur von Salatjungpflanzen.

Auch beim Kopfsalat gibt es Wintersorten, die, im August-September ausgesät und noch im Oktober in fünf bis acht Zentimeter tiefe Furchen ausgesät, im Monat Mai schon feste Köpfe geben. Die Furchen müssen von Osten nach Westen verlaufen. Geeignete Sor-

ten sind: Winter-Butterkopf, Nansen, Brauner Trotzkopf.

Die Salatkultur verlangt einen guten, kräftigen, nicht frisch gedüngten, aber etwas feuchten Boden. Wir bauen Salat also am besten in zweiter Tracht, Schnitt- und Pflücksalat kann auch in dritter Tracht angesät werden.

Die frühesten aller Freilandsorten ist „Malkönig“, von gelblich grüner Farbe und feinen Rippen. „Malkönig“ eignet sich zum Treiben im kalten Kasten gut, jedoch weniger für Sommeraussaaten ins freie Land. Die Anzucht der Pflänzchen geschieht im März im kalten Kasten, ab April im Freilandsaatbeet. Wer nun keinen kalten Kasten besitzt, kann sich folgendermaßen helfen:

Man sucht sich den sonnigsten und gegen Nord- und Ostwinde geschütztesten Platz im Garten aus. Hier legt man aus gesiebter, mit Gartenerde vermischter Komposterde das Saatbeet an, um das man einen etwa 10 bis 15 Zentimeter hohen Bretterverschlag nagelt. Von außen sind die Bretter mit Sand, etwa 30 Zentimeter breit, abzudecken.

Da es dem Saatbeet an Nahrung nicht fehlen darf, gießt man es reichlich mit Wasser an. Hat man noch etwas Völdüngesalz aus den Vorjahren vorrätig, so gibt man auf jeden Quadratmeter 5 Gramm. Das Völdüngesalz enthält Stickstoff, Kali und Phosphorsäure.

Am nächsten Tag kann dann die Aussaat breitwürrig oder in Reihen erfolgen. Darüber

wird dann Sand gestreut, so daß die Samenkörner vollständig zugedeckt sind. Nach dem Festklopfen des Beetes wird noch einmal fein gebraust, damit der Same auch festliegt und durch Regen nicht etwa verschlemmt werden kann.

In der Nacht und bei Tagesfrösten ist das Saatbeet durch Bretter und darübergelegte Säcke abzudecken. Ein solches Saatbeet ersetzt den kalten Kasten und schützt die Pflänzchen vor dem so schädlichen Temperaturwechsel.

Stehen die Sämlinge zu dicht, so sind sie auf 10 Zentimeter Abstand zu verziehen. Im April pflanzt man sie an Ort und Stelle mit 20 bis 30 Zentimeter Entfernung. Das Freiland soll altgedüngter Boden sein; aber auch frischer Mist bekommt den Pflanzen noch. Der Boden ist vorher tief zu lockern. Bei trockenem Wetter ist fleißig zu gießen.

Zwei weitere Sorten, die sich besonders gut zur Kultur eignen, sind Trotzkopf und Bohemia. Die letztere ist von großem Wert. Die Köpfe sind so groß und fest wie Kohlköpfe, dabei ist der Salat zart und gelb wie Butter und von köstlichem Geschmack. Er hält sich selbst im Mai-Juni bei großer Hitze viele Wochen, ehe er ausschießt. Er ist gleichzeitig ein zarter Sommer- und Herbstsalat.

Wer sein Salatbeet im Freiland anlegen möchte, sollte es nicht vor April tun. Er sie dann aber sogleich Sommerorten wie Laibacher Eissalat (sog. Krachsalat), Heineemanns Cazard, Bonner Silberkopf, Wunder von Stuttgart, Königskopf, Rudolfs Liebling, Bester von allen, Pariser Zucker aus Gärtnerreien liefern auch frühe Landsorten; aber die eigene Anzucht ist lohnender.

Damit der Salat rasch wächst, sorge man für flüssige Düngung und reichlich Wasser. Der gelbe, krausblättrige Schnittsalat und der amerikanische, braunkantige Pflücksalat bilden keine Köpfe und können bereits so früh wie möglich im März im freien Land ausgesät werden. Sechs Wochen nach der Aussaat beginnt schon die Ernte.

Zum Schluß möchten wir noch an die Sommerendivie „Sachsenblauer“ erinnern, die sich zum Bleichen selbst schießt. Die Aussaat erfolgt im März-April an Ort und Stelle in altgedüngtem und tief gelockertem Boden. Später verzieht man die Pflanzen auf 30 Zentimeter Abstand, wobei man aber die ausgezogenen Pflanzen an anderer Stelle wieder einpflanzt.

Von der Sommerendivie macht man alle 14 Tage eine neue Aussaat, sodaß man an diesem „römischen Salat“ nie Mangel hat. Für kleine Gärten empfiehlt sich besonders die Sorte „Expres“, die sich gleichfalls selbst schießt.

Die Winterendivien und Eskariolsorten sät man Ende Mai bis Mitte Juli aus und pflanzt sie in Reihen von 30 bis 40 Zentimeter Abstand. Anfang September, 14 Tage vor Gebrauch, bindet man bei trockenem Wetter die Blätter zum Bleichen zusammen. Von jetzt ab muß man aber die Pflanzen vor Nässe schützen, da sie sonst rasch faulen. Endivie ist frostempfindlich.

Blattläuse bedeuten eine große Gefahr!

Sie übertragen die Virus-Krankheiten

In enger Gemeinschaft mit den Blattläusen leben die Ameisen, die nach dem süßen Saft, den die Blattläuse aus ihren Drüsen am Hinterleib absondern, ganz begierig sind. Die Ameisen begünstigen beim Bestehen von Sträuchern und Bäumen die Ausbreitung der Blattlausplage. Die Ameisen, die außerdem durch ihre unterirdischen Bauten das feine Haarwurzelwerk unserer Gewächse zerstören, darf man auf keinen Fall im Garten dulden.

Wer die Ameisen wirksam bekämpfen will, muß dies beim ersten Auftreten tun, wenn die Sonnenstrahlen gerade das Erdreich erwärmt haben. Schimmel wird es, wenn die Königin einer Ameisenkolonie Tag für Tag Eier legt und darauf bald die geflügelten Ameisen erscheinen. Das sicherste Bekämpfungsmittel ist zweifelloso Schacht-Ameisenöl, das Ameisen samt Königin und Brut vernichtet. Das Mittel ist in kleinen Tuben erhältlich und wird auf Glas- oder Porzellan-scherben aufgestrichen, die so vor die Auslaufstellen der Ameisen gelegt werden.

Nun zu den Blattläusen. Diese saugenden Schädlinge erscheinen manchem Gartenfreund immer noch als recht harmlos. Gewiß, durch ihre Saugtätigkeit werden sie den Pflanzen nur in geringem Umfang schädlich. Was sagen wir aber dazu, wenn von Blattläusen befallene Blätter sich stellenweise verfärben,

fleckig werden oder sich kräuseln; die San-José-Schildlaus Beerensträucher in kürzester Zeit zum Absterben bringt! Hier gelangen Giftstoffe in die Zellen der Blätter und Pflanzen. Nach neuesten Feststellungen haben wir es hier mit Virus-Schädlingen zu tun, die von Blattläusen verschleppt werden und durch den Biß in die Blattstellen gelangen.

Gegen die Viren, die als Erscheinung zwischen toter Materie und Lebewesen stehen, gibt es noch kein direktes chemisches Bekämpfungsmittel. Daher ist es dringend erforderlich, die Ausbreitung der Virus-Schädlinge einzudämmen, was nur möglich ist, wenn wir den Blattläusen unseren erbittertesten Kampf ansagen. Von höchster Wirksamkeit ist das flüssige Spritzmittel „Schacht-C-B-Ho“, das für Mensch, Haustier und Pflanzen ungefährlich ist. Hierdurch entspricht es allen Anforderungen, die man überhaupt an ein Spritzmittel stellen kann. Mit der empfohlenen Spritzbrühe, die aus 40 Gramm C-B-Ho-Spritzmittel und 10 Liter Wasser hergestellt wird, habe ich beste Erfahrungen gemacht.

Das Heer der Blattläuse ist groß, am bekanntesten sind die Grüne Blattlaus, die Grüne Apfel-, Pflüch- und Rosenblattlaus, die Mohlige Pflaumenblattlaus und die Schwarze Bohnenblattlaus.